

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT

Mitteilungsblatt des Bochumer Bürgervereins

Bochum, September 2012

Nr. 16



*Ehepaar Kershaw zu Besuch in Bochum-Linden.
Im Hintergrund das Geschäftshaus der Vorfahren Röttgen/ Adler.
Foto: Ingo Otto*

MASEL TOV

Wir grüßen alle unsere Leserinnen und Leser
zum NEUEN JAHR und wünschen
Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V. BOCHUM

Liebe Freunde und Förderer des Vereins
"ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT e.V."

Auch in der neuen Ausgabe unseres Mitteilungsblattes berichten wir wieder über Ereignisse, die jüdisches Leben in Bochum in Vergangenheit und Gegenwart betreffen, über Projekte unseres Vereins und der Organisationen in Bochum, mit denen wir kontinuierlich zusammenarbeiten.

Das von Gerd Liedtke, dem Ehrenvorsitzenden des „Freundeskreises Bochumer Synagoge“ herausgegebene Buch: Die neue Bochumer Synagoge. Bilder und Texte, kennen die meisten Leser sicher schon, vielen ist es zugeschickt worden. Die Resonanz – auch bei unseren Lesern – war sehr groß. Manfred Keller hat das Buch in einer Veranstaltung im Museum Bochum einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Wir drucken den Text ab.

2011 erschien ein bemerkenswertes Buch von Jürgen Priamus, dem Gründungsdirektor und langjährigen Leiter des Instituts für Stadtgeschichte in Gelsenkirchen. Priamus beschäftigt sich mit Alfred Meyer, NS-Gauleiter im Bereich Westfalen-Nord, einem der Multifunktionäre der NSDAP. Dieser Personenkreis stand bisher nicht im Vordergrund der Forschung, gleichwohl wäre ohne sie das NS-System kaum funktionsfähig gewesen. Hubert Schneider stellt das Buch vor.

Anlässlich des 70. Jahrestages zur Einführung des die Juden offen diskriminierenden „gelben Sterns“ hielt Hubert Schneider auf Einladung der Vereinigung der Verfolgten des Nazisystems (VVN-Bund der Antifaschisten) einen Vortrag, den wir ebenfalls hier veröffentlichen.

Michael Rosenkranz, Mitglied der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, den Lesern als regelmäßiger Autor dieses Heftes bekannt, berichtet über das Forum „Juden & Christen“ in Hattingen.

Vor einigen Wochen wurde am Standort „Saure Wiese“, einem ehemaligen Zwangsarbeitslager des Bochumer Vereins, ein eindrucksvoller Gedenkort eingerichtet. Günter Nierstenhöfer berichtet darüber.

Im letzten Heft berichtete Sabine Krämer über ihr Forschungsprojekt „Ostjuden in Bochum“. Sie arbeitet weiter an dem Thema und berichtet erneut darüber.

Zu den traurigen Meldungen des vergangenen Jahres gehört die Nachricht vom Tode Klaus Kunolds. Er war Gründungsmitglied unseres Vereins und einer der Protagonisten der Erinnerungskultur in Bochum. Hubert Schneider schreibt eine Würdigung.

Herzlichst

Ihre Redaktion

Impressum

Herausgegeben von
ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.

Redaktion:

Ingrid Schneider
Günter Nierstenhöfer
Dr. Fabian Andor

Anschrift:

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.
c/o Dr. Hubert Schneider
Auf dem Aspei 63 - 44801 Bochum
e-mail: hubert.schneider@rub.de
Internet: www.erinnern-fuer-die-Zukunft.de

Inhalt:

H. Schneider Rückblick auf die Arbeit des Vereins	5
H. Schneider: Verlegte Stolpersteine 2011	13
G. Nierstenhöfer:: „Laute Stille“	14
S. Krämer: Projekt „Ostjuden in Bochum“	18
M. Rosenkranz: Forum Juden und Christen in Hattingen	25
H. Schneider: Gelber Stern	29
H. Schneider: Zum Tod von Klaus Kunold	48
M. Keller: Buchbesprechung: „Die neue Synagoge“	51
H. Schneider: Buchbesprechung „Meyer“	57

Rückblick auf die Arbeit des Vereins

Inhaltlich standen wieder mehrere Projekte im Mittelpunkt unserer Arbeit, die teils in eigener Verantwortung, teils in Kooperation mit anderen Veranstaltern geplant und durchgeführt wurden.

Veranstaltung zum 9. November 2011: Wie in den Jahren zuvor, ist es auch im Jahre 2011 gelungen, die Arbeit verschiedener Organisationen im Arbeitskreis 9. November zu koordinieren. Sprecher dieses Arbeitskreises ist seit einigen Jahren Hubert Schneider. In zahlreichen Sitzungen, die auf Einladung der Jüdischen Gemeinde in deren Räumen stattfanden, wurde die Veranstaltung geplant und dann auch durchgeführt. Nach der Einweihung der neuen Synagoge im Dezember 2007 versuchen die Veranstalter, auch im Programm zum 9. November dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Im Verlauf des Tages sollte ein Bogen von der Zerstörung der alten Synagoge zur Existenz der neuen Synagoge gespannt werden. In den letzten Jahren erinnerten wir fortlaufend an die jüdische Bevölkerung, die in bestimmten Stadtvierteln lebten. Dabei gehen wir davon aus, dass die Bochumer Juden keine homogene Gruppe waren. Was sie einte, war ihr Selbstverständnis als Deutsche jüdischen Glaubens. Ansonsten fühlten sie sich der gesellschaftlichen Schicht zugehörig, die ihrem Beruf und Bildungsstand entsprach. 2010 lag der Fokus der Gedenkveranstaltung auf der Schicht der jüdischen Arbeiter, die am Moltkemarkt (dem heutigen Springerplatz) ansässig waren. 2011 wurde der jüdischen Bewohner der Goethestraße gedacht. Was waren das für Leute, die dort wohnten? Dies waren vor allem Menschen, die der Bochumer Oberschicht (Kaufleute und Akademiker) zuzuordnen sind. Zu dieser Schicht zählte auch die Familie Kaminski. Mathilde Kaminski und ihr Sohn Walter führten eine renommierte Maßschneiderei in der Viktoriastraße. In der Nacht des 9. November 1938 plünderten und verwüsteten

Nationalsozialisten das Geschäft und die Wohnung von Walter Kaminski, welche sich in der Goethestraße 14 befand. Walter floh noch in derselben Nacht aus Bochum und entging dadurch der Verhaftung und der Deportation ins Konzentrationslager Sachsenhausen. 1939 emigrierte er mit seiner Familie in die USA. Seine Mutter musste das Gebäude an die Stadt Bochum verkaufen. Ein ehemaliger Angestellter, Mitglied der NSDAP, übernahm daraufhin das Geschäft. Mathilde Kaminski musste ihre Wohnung in der Viktoriastraße räumen und zog vorübergehend zu den Schwiegereltern ihres Sohnes, später in das „Judenhaus“ in der Goethestraße 9. Obwohl inzwischen fast mittellos, gelang ihr im Januar 1941 mit Hilfe ihrer inzwischen in den USA lebenden Kinder noch die Ausreise. Hubert Schneider hatte zusammen mit zwei Lehrern, Frau Schneider und Herrn Ossmann, in intensiver Arbeit eine Schülergruppe der Goetheschule das jüdische Leben in der Goetheschule erforscht.. Die Schüler trugen während der Veranstaltung die Ergebnisse ihrer Bemühungen vor. Besonderen Eindruck machten dabei die vorgelesenen Passagen aus Briefen Walter Kaminski – später Walter Cummins – aus der Nachkriegszeit. Den hohen Stellenwert, den die Gedenkveranstaltung inzwischen in der Stadt spielt, unterstrichen auch die Ansprachen der Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Scholz, und des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, Herrn Grigory Rabinovich. Anschließend hatten die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung die Möglichkeit, die neue Synagoge unter der Leitung von Dr. Hubert Schneider zu besichtigen. Bereits um 15 Uhr hatten Hubert Schneider einen sehr gut besuchten Rundgang zu den in Bochum verlegten Stolpersteinen durchgeführt. Solche Rundgänge sind inzwischen November geworden.

Das Projekt Stolpersteine wurde 2011 fortgeführt: Am 19. September war Gunter Demnig wieder in Bochum, verlegte 15 neue Steine. In einer Veranstaltung im Bochumer

Stadtarchiv stellten die Paten am 16. November ihre Rechercheergebnisse einer größeren Öffentlichkeit vor. Die Namen der Personen, deren Schicksal die Stolpersteinpaten erforschten, und die Orte, an denen die Steine verlegt wurden, werden an anderer Stelle in diesem Heft genannt. Nach wie vor betreuen Andreas Halwer vom Stadtarchiv und Hubert Schneider die "Paten": Diese Betreuung beginnt mit der Auswahl der Personen, für die ein Stolperstein gelegt werden sollen, wird fortgesetzt bei der konkreten Rechercharbeit. Die Arbeit ist spannend und im positiven Sinne aufregend: Die Beschäftigung mit Einzelschicksalen führt Schüler und Privatpersonen hautnah an ein Thema heran, dem man ansonsten bestenfalls neutral gegenüberstand. Die "Paten" nehmen in vielen Fällen Anstrengungen auf sich (Archivbesuche, Zeitzeugenbefragung), von denen sie vor der Übernahme der Aufgabe keine Vorstellung hatten. Alle Betroffenen nähern sich somit auf sensible Weise einem großen Thema und einem Stück der Stadtgeschichte. Es ist politische Bildungsarbeit im besten Sinne. Die von den Paten in schriftlicher Form vorgelegten Rechercheergebnisse können nachgelesen werden: www.Bochum.de/Stolpersteine

Das Interesse an einer Besichtigung der neuen Synagoge ist in der Bevölkerung nach wie vor groß: Bisher wurden einige hundert Führungen durchgeführt. Mehrere Leute führen abwechselnd die Gruppen, inzwischen auch drei Mitglieder der jüdischen Gemeinde, fünf sind Mitglieder des Freundeskreises Bochumer Synagoge, darunter auch Hubert Schneider. Die Gruppen – Schulklassen, Vereine, Einzelpersonen – melden sich bei der jüdischen Gemeinde oder bei städtischen Einrichtungen – zum Beispiel bei der Volkshochschule – an, die Führung übernimmt die Person, die an den gewünschten Terminen Zeit hat. Die gemachten Erfahrungen sind durchaus positiv, zeigen aber auch, wie gering das Wissen über jüdisches Leben in der Bevölkerung ist. Von besonderer Bedeutung sind vor

allem die Führungen mit jungen Leuten. Dabei besteht die Hoffnung, dass diese Gruppen, wenn sie etwas erfahren über Judentum und jüdisches Leben, weniger anfällig sind für die Propaganda rechter Gruppierungen, die ihre Aktivitäten ja gerade auf Jugendliche ausrichten. In diesem Sinne sind solche Führungen durch die Synagoge auch politische Aufklärungsarbeit.

Zahlreich sind unsere Aktivitäten in der Stadt: Regelmäßige Stadtführungen zum jüdischen Leben in Bochum (unter Einschluss der bisher verlegten "Stolpersteine") und auf dem jüdischen Friedhof wurden mit unterschiedlichen Gruppen durchgeführt. Eine Kooperation mit dem Katholischen Forum Bochum und der Evangelischen Stadtakademie hat dazu geführt, dass man dort solche Führungen fest in das Veranstaltungsprogramm aufgenommen hat.

Auch Anfragen aus dem In- und Ausland zu jüdischem Leben in Bochum erreichten uns: Z.B. aus Brighton in Großbritannien meldete sich eine Doktorandin: Sie arbeitet über die Wirkung deutscher Rabbiner nach deren Emigration nach Großbritannien. Wir konnten Literatur und Dokumente zum Bochumer Rabbiner Dr. David liefern. Von einem Architekturstudenten kam eine Anfrage zum Haus des Herrn Weinberg in der Bergstraße 105, das ja durch seine expressiven Ornamente an der Hausfassade auffällt. Auch hier konnten wir helfen.

Hubert Schneider hielt auch im vergangenen Jahr bei unterschiedlichen Gelegenheiten Vorträge zur Geschichte der Juden in Bochum: Im Zusammenhang mit einem im Bahnhof Langendreer durchgeführten Filmfestivals: Über Mut, . Engagiert. Couragiert, Kontrovers wurde am 10. Juli 2011 der Film: Fritz Bau4r – Tod auf Raten gezeigt. Unser Verein wurde aufgefordert, für diesen Film die Patenschaft zu übernehmen. Hubert Schneider stellte vor Beginn des Films den Verein „Erinnern für die Zukunft e.V.“ und dessen Arbeit vor, im Anschluss an die Veranstaltung diskutierte er mit den

Besuchern über den Film und die Arbeit des Vereins. Am 23. September 2011 hielt Hubert Schneider auf Einladung der VVN-Bund der Antifaschisten einen Vortrag: September 1941. Die deutschen Juden müssen den „Gelben Stern“ tragen. Der Text dieses Vortrags wird in diesem Heft abgedruckt. Am 25. Oktober 2011 wurde in der Bochumer Innenstadt, Ecke Massenbergsstraße/Schützenbahn, in Anwesenheit der Oberbürgermeisterin Dr. Scholz eine Stele „Anfänge jüdischen Lebens“ aufgestellt. Hier wird an die Anfänge jüdischen Lebens in Bochum erinnert: Die Errichtung der ersten Synagoge, den ersten Friedhof, die erste Schule. Dabei handelt es sich um ein Projekt der Evangelischen Stadtakademie. Den Text der Stele haben Frau Blätgen, Dr. Manfred Keller (beide evangelische Stadtakademie) und Dr. Hubert Schneider erarbeitet. Manfred Keller und Hubert Schneider hielten im Anschluss an die Enthüllung der Stele im Gemeindesaal der jüdischen Gemeinde einen Vortrag zu den Anfängen jüdischen Lebens in Bochum. Am 27. Oktober hielt Hubert Schneider im Bahnhof Langendreer einen sehr gut besuchten Vortrag „Die Verwertung des Besitztums der deportierten Juden aus Bochum“. Dabei handelte es sich um eine Veranstaltung im Rahmenprogramm zur im Bahnhof gezeigten Ausstellung „Betrifft: Aktion 3 – Deutsche verwerten jüdische Nachbarn.“ Am 17. November 2011 hielt Hubert Schneider in der Evangelischen Stadtakademie einen Vortrag über die Bochumer Ärzte jüdischer Herkunft. Der Text liegt inzwischen auch gedruckt vor. Am 15. September las Hubert Schneider in Hattingen aus seinem „Judenhaus“-Buch vor.

Einen hohen Stellenwert hat für uns nach wie vor der Kontakt mit den Überlebenden der alten Bochumer jüdischen Gemeinde. Briefwechsel und viele Telefonate zeugen davon. Sehr willkommen ist unser jährlich zum jüdischen Neujahrsfest verschicktes Mitteilungsblatt: Die Reaktionen zeigen, dass es gelesen wird. Diese Kontakte führen auch immer wieder dazu, dass uns Dokumente zu einzelnen Familiengeschichten zugänglich gemacht werden.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen wir uns an Aktio-

nen, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit geht, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neonazis richten. Einige Mitglieder unseres Vereins sind sehr aktiv im „Bochumer Bündnis gegen Rechts.“

In letzter Zeit kommen wieder Nachfahren alter Bochumer jüdischer Familien zu einem Besuch in Bochum. Zumeist sind es die Enkelkinder, die außerhalb Deutschlands geboren wurden, meistens in den Nachlässen der Eltern von den deutschen Wurzeln der Familien erfahren. Für uns ist das eine ganz neue Erfahrung. Im Zentrum des Interesses der Besucher steht nicht mehr die Erinnerung an die eigene leidvolle Erfahrung in Deutschland: Man will einfach mehr wissen über das Leben der Vorfahren hier. Dabei kommt es immer wieder zu höchst emotionalen Begegnungen. Im November war Simone Sommer aus den USA einige Tage zu Besuch. Sie ist die Enkelin von Frieda und Simon Herschberg, Tochter von der heute noch lebenden Hildegard Hadassah Herschberg, verheiratete Sommer. Die Familie betrieb zunächst in Langedreer, später in Bochum ein Geschäft. Als sogenannte „Ostjuden“ wurden sie im Oktober 1938 aus Deutschland ausgewiesen, die Großeltern Frieda und Simon Herschberg wurden später von den deutschen Besatzern ermordet. In der Bochumer Uhlandstraße, dem letzten Bochumer Wohnort in Bochum, Stolpersteine für das Ehepaar. Paten sind Karl und Ingeborg Heyduk. Die Enkelin Simone Sommer wurde von dem Ehepaar Heyduk, Mitarbeitern des Stadtarchivs und unseres Vereins betreut. Ebenfalls im November 2011 kam Dawn Kershaw mit ihrem Mann David aus Großbritannien für einige Tage nach Bochum. Dawn entstammt einer viele Generationen in Bochum lebenden jüdischen Familie. Die Urgroßeltern Röttgen betrieben in Bochum-Linden ein Einzelhandelsgeschäft, das in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts von der Tochter Else, verheiratet mit Alexander Adler, übernommen wurde. Alexander Adler wurde nach dem 9. November 1938 in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt, starb wenige Tage nach seiner Entlassung im Dezember 1938 in Bochum an einer Sepsis, die im Lager nicht behandelt worden

war. Urgroßmutter Röttgen wurde 1942 deportiert und ermordet. Der Mut. Großmutter Else Adler gelang 1942 kurz vor ihrer Verhaftung in Bochum die Flucht nach Frankreich. Sie überlebte und kam nach 1945 nach Bochum zurück. Dawns Vater kam mit einem der Bochumer Kindertransporte nach England, heiratete in den 50er Jahren Dawns Mutter, starb vor einigen Jahren. Der Vater hat Dawn nie von der deutschen Familie erzählt. Erst nach dessen Tod fand sie in seinem Nachlass entsprechende Dokumente, die sie nicht einordnen konnte. Über Internet kam sie an die Adresse unseres Vereins. Der Kontakt führte sehr schnell zu einem Besuch hier. Es war eine sehr emotionale Begegnung hier, zumal das alte Geschäftshaus der Familie in Linden noch steht, auf dem jüdischen Friedhof in Hattingen zahlreiche Gräber – u.a. des Urgroßvaters, der Großeltern und vieler anderer Verwandter – erhalten sind. Es kam zu Begegnungen mit einer Schulklasse aus Wattenscheid, die Stolpersteinrecherchen für die Urgroßmutter Röttgen und den Großvater Adler durchgeführt hatte. Betreut wurde Dawn Kershaw von Hubert Schneider. Der Besuch hatte ein Nachspiel: Aufmerksam geworden durch die Berichterstattung in der Presse, meldete sich eine über 90-jährige alte Damen aus Linden. Das Gespräch mit ihr ergab, dass sie sich sehr gut an die Alten Röttgens und auch an die Adlers erinnern konnte. Else Adler hatte im Haus der alten Dame verkehrt.

Zu den betrüblichen Nachrichten des Jahres gehören Meldungen über den Tod von Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde. In Israel starb Erich Ferse. Er war 1937 mit seinen Eltern und seiner Schwester nach Palästina geflohen. 1995 gehörte er zu den Besuchern, die auf Einladung der Stadt für eine Woche nach Bochum gekommen waren. Von einzelnen anderen Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde kommt inzwischen die Post zurück, ohne dass wir sagen können, was der Grund dafür ist. In Bochum starb Ende November, wenige Tage vor seinem 80. Geburtstag, Klaus Kunold, Mitbegründer unseres Vereins und eines der aktivsten Mitglieder. Siehe hierzu den Nachruf in diesem Heft.

Von Hubert Schneider sind im vergangenen Jahr erschienen:

Leben im Abseits. Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Hünnebeck (1897-1976) aus Bochum. In: V erwischte Spuren. Erinnerung und Gedenken an nationalsozialistisches Unrecht in Westfalen, Münster 2011, S. 34-45.

Schicksale der Ärzte jüdischer Herkunft aus Bochum. In: Bochumer Zeitpunkte. Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 27, Bochum 2011, S. 3-27.

Anfänge jüdischen Lebens in Bochum nach 1945. In: Die neue Bochumer Synagoge. Bilder und Texte, hrsg. Von Gerd Liedtke, Berlin 2011, S. 44-48.

Der Weg zur Bochumer Erklärung vom 12. Juni 2003. In: Ebenda, S. 49-56.

„Von hier sind wieder 65 Personen so weit.“ Bochumer Juden zwischen städtischer Gesellschaft und Deportation. In: Ralf Piorr: Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamosc im April 1942, Essen 2012, S. 131-140.

„Judenhäuser“ in Herne und Wanne-Eickel. Die Errichtung von „Judenhäusern“ in Deutschland im Allgemeinen, in Herne und Wanne-Eickel im Besondern. In: Der Emscherbrücher, Bd. 15 (2011/12), S. 7-24.

Nach wir vor gilt: Wir sind im Internet zu finden. Unsere Adresse:
www.erinnern-fuer-die-zukunft.de

(Hubert Schneider)

Das Projekt „Stolpersteine“

Am 19. September 2011 wurden in Bochum und Wattenscheid durch den Kölner Künstler Gunter Demnig wieder 15 Stolpersteine verlegt. Inzwischen liegen vor den ehemaligen Häusern und Wohnungen der ermordeten Bochumer Juden im Stadt- raum Bochum 149 Steine. Während einer Veranstaltung im Stadtarchiv am 16. November 2011 stellten die „Paten“ ihre Recherchegergebnisse vor. Sie können im Internet nachgelesen werden.

www-bochum.de/Stolpersteine

Wir nennen hier die Namen der Menschen, derer mit den 2011 verlegten Steine gedacht wird, ebenso die Orte, an denen die Steine verlegt wurden.

Name:

Ort:

Beerwald, Georg

Hattinger Straße 51

Beerwald, Sidonie

Hattinger Straße 51

Pollack, Erich

Robertstraße 26

Pollack, Grete geb. Alexander

Robertstraße 26

Pollack, Kurt

Robertstraße 26

Pollack, Paul

Robertstraße 26

Kirsch, Karl

Maxstraße 16

Eversberg, Julius

Hattinger Straße 654b.

Michaelis, Max

Goldhammer Str. 15

Kaufmann, Albert

Gertrudisstraße 63 - WAT

Kaufmann, Gerd

Gertrudisstraße 63 - WAT

Kaufmann, Gerd

Gertrudisstraße 63 - WAT

Salomon, Isaak

Hüller Straße 2 - WAT

Salomon, Emma geb. Cohn

Hüller Str. 2 - WAT

Wessel, Friedrich

Sedanstraße 7 - WAT

(Hubert Schneider)

**„Laute Stille“
im ehemaligen Bochumer Zwangsarbeiterlager
„Saure Wiese“ in Bochum**

„Laute Stille“ nennt der Bochumer Künstler Markus Kiel seine (Gedenk)Installationen am Gedenkort „Saure Wiese“, der am 8. Mai 2012 von Oberbürgermeisterin Dr. Otilie Scholz der Öffentlichkeit übergeben wurde. Neben Angehörigen von ehemaligen Zwangsarbeitern, Initiatoren dieses Gedenkortes, VertreterInnen aus Politik und Gesellschaft waren auch viele BürgerInnen zu dieser Veranstaltung gekommen. Die Übergabe dieses Gedenkortes war bewusst auf den 8. Mai, den „Tag der Befreiung“ gelegt worden, worauf Oberbürgermeisterin Scholz hinwies. Sie hoffe, dass viele BürgerInnen an diesem Ort einmal mehr die Gelegenheit wahrnehmen, sich der schrecklichen Vergangenheit zu erinnern, der Opfer zu gedenken. Sie sollten dadurch ermutigt werden, gegenwärtigen faschistischen Aktivitäten entgegenzutreten.

Aus Bochums ukrainischer Partnerstadt Donezk waren auf Einladung der Gesellschaft Bochum-Donezk ehemalige Zwangsarbeiter mit ihren Angehörigen gekommen. Für sie schilderte Efim Gelfoner in bewegendem Worten seine eigenen schweren Erlebnisse und die anderer Zwangsarbeitende. Er beendete seine Ansprache mit beschwörenden Worten: Alle müssten helfen, „dass so etwas nicht wieder geschehen könne. Günter Gleising, Vertreter der Bochumer VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten) erinnerte in seiner Rede an Klaus Kunold, der für die Realisierung dieses Gedenkortes den Anstoß gegeben hatte. Klaus Kunold, der 28 Jahre lang Vorsitzender der VVN war, ist im vergangenen Dezember gestorben (*siehe den Nachruf an anderer Stelle dieses Heftes*).

Nachdem das Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers jahrzehntelang brach gelegen hatte, sollte es im Rahmen der Renaturierung des Ahbaches umgestaltet und in ein städtisches Naherholungsgebiet umgewandelt werden. 2008 erfuhr die VVN davon, setzte sich sofort mit den zuständigen Stellen

in Verbindung und stieß dabei auf offene Ohren. Nach vielen Gesprächen erhielt der Bochumer Künstler Markus Kiel den Auftrag, Ideen zur Gestaltung eines Gedenkortes zu entwickeln. Der Entwurf wurde vom Kultur- und Wissenschaftsausschuss der Stadt genehmigt. Nach Auffassung der Beteiligten „soll der Gedenkort ein lebendiges Gedenken ermöglichen und vor allen Dingen die Menschen in unserer Stadt motivieren, sich mit dem Thema Zwangsarbeit und Nationalsozialismus sowie darüber hinaus mit dem Rechtsextremismus unserer Tage auseinander zu setzen“, so beschreibt es Klaus Kuhnold in einer Stadtrallye „Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“

Das Wiesengelände durchziehen Wege, an deren Rändern große rechteckige Stahlplatten auf Betonsockeln liegen. In die Stahlplatten sind Zitate aus Berichten von Zwangsarbeitern eingefräst, die „das große Leid in wenige Worte fassen“ (Ruhrnachrichten v. 05.05.12). Auf dem ehemaligen Appellplatz sind fünf Plexiglasstelen in Betonsockeln eingelassen, „die über die düstere Vergangenheit des Lagers berichten.“ (Ebenda). Ein Kiesweg markiert die Baracken, so dass Besucher sich zumindest einen sehr eingeschränkten Eindruck von dem Lager machen können.

Das Zwangsarbeiterlager „Saure Wiese“ in Bochum-Höntrop hatte der „Bochumer Verein“ seinerzeit in der Nähe des Betriebs an der Alleestrasse errichtet. Das Stahlwerk „unterhielt 12 Lager. 40% der Belegschaft waren ausländische Arbeitskräfte. Ein Zwangsarbeiterlager befand sich auf der „Sauren Wiese“. Hier waren 450 ZwangsarbeiterInnen untergebracht, vorwiegend Ukrainer und Russen. Die Behandlung und die Lebensbedingungen auf dem Bochumer Verein waren besonders schlimm.“ (Stadtrallye s.o.). Insgesamt mussten beim Bochumer Verein ca. 4.000 Menschen Zwangsarbeit leisten. In einem „Bericht an den Kreisleiter der NSDAP in Bochum vom 14. Juli 1943 werden 100 Lager genannt. Der Bericht gibt 4.525 Kriegsgefangene, 5.519 männliche und 32 sonstige Gefangene sowie 5.515 männliche und 1.663 weibliche

Ostarbeiter an, also insgesamt 17.254 Personen. Ende Februar 1944 waren etwa 30.000 und im April 1945 mehr als 27.000 Zwangsarbeiter in Bochum.“ (Wikipedia)

P.S. Wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Geschichte in unserer heutigen Zeit ist, zeigen die zwei Beschädigungen des Gedenkortes im Juni / Juli. Eine Gedenkplatte wurde zerstört, andere mit Hakenkreuz und „Böhse Onkel was here“ beschmiert.

(Günter Nierstenhöfer)



Vier Stelen mit Informationen über die Geschichte des Zwangsarbeiterlagers „Saure Wiese“. Im Hintergrund Hallen des früheren „Bochumer Vereins“ an der Alleestraße. (Heute Thyssen-Krupp)



Eine von mehreren Betonsockeln mit Stahlplatten auf denen Zitate von Zwangsarbeitern eingegräst sind – hier:

„Täglich marschierten wir zum Werk an der Alleestrasse. Hier wurden wir in der Munitionsfertigung eingesetzt.“

Projekt über osteuropäisch-jüdische Einwanderer in Bochum.

In der letzten Ausgabe unserer Vereinszeitschrift berichteten wir über das Projekt unserer stellvertretenden Vereinsvorsitzenden, Sabine Krämer, zur Geschichte polnisch-jüdischer Einwanderer in Bochum. Bei ihren Recherchen stieß sie unlängst im Staatsarchiv Münster auf einen Brief, der auf eindringliche Weise die Stimmung Bochumer jüdischer Familien nach der Abschiebung der polnischen Juden im Oktober 1938 und den Ereignissen des Novemberpogroms widerspiegelt.

Frau Rosel Naftalie schreibt am 3. Dezember 1938 aus Bochum an Georg Feigmann, den 1934 nach Palästina emigrierten Sohn ihrer Nachbarn. Zum besseren Verständnis der familiären Hintergründe des Briefes möchte ich die Familien Naftalie und Feigmann kurz vorstellen.

Zur Familie Naftalie zitiere ich aus Hubert Schneiders 2010 erschienen Buch über die „Judenhäuser“ in Bochum: „Wilhelm Naftalie, geboren am 10. September 1890 in Soldau (Ostpreußen), heiratete am 2. September 1919 in Berlin Rosa Naftaniel, geboren am 15. Juni 1883 in Lautenburg/Westpreußen. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor: Am 8. Mai 1920 wurde in Dortmund der Sohn Erich Martin geboren, am 16. April 1930 in Bochum der Sohn Hans. Die Familie lebte bis 1926 in Dortmund, zog dann nach Berlin und wohnte dort in der Koepenicker Straße 30. Im August 1929 kamen sie nach Bochum und lebten in der Querenburger Straße 24. [...] Wilhelm Naftalie war von Beruf selbständiger Vertreter in Bochum, zunächst für Textilwaren, später für Süßwaren.“ Während sich der jüngere Sohn Hans im Dezember 1938 noch bei seiner Mutter in Bochum aufhielt, befand sich der 1920 geborene Sohn auf der von der Hechaluz-

Bewegung betriebenen Schulfarm Ellguth bei Steinau i/S, wo er auf seine Auswanderung nach Palästina vorbereitet wurde.

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite wohnte im Haus Nr. 15 die Familie Feigman. David Feigmann (auch Faygmann) wur-

de am 10.01.1887 in Meseritz im von Russland annektierten Teil Polens geboren und kam 1906 nach Deutschland. 1917 heiratete er in Leipzig die am 17.05.1891 oder 1892 in Zwickau geborene Frieda Clara Leber. Frieda verfügte ursprünglich über die deutsche Staatsbürgerschaft, musste diese aber aufgrund ihrer Eheschließung mit dem polnischen Staatsbürger David Feigmann zugunsten der polnischen aufgeben. Auch die aus dieser Ehe hervorgehenden sechs Kinder waren entsprechend des damaligen Staatsbürgerschaftsgesetzes polnische Staatsbürger, auch wenn sie in Deutschland geboren wurden. In Leipzig wurde am 25.08.1917 der Sohn Georg und am 17.03.1920 der Sohn Roland geboren. 1920 übersiedelte die Familie nach Bochum, wo am 17.03.1923 der Sohn Harald, am 08.05.1927 der Sohn Günther, am 22.09.1928 der Sohn Waldemar und am 31.10.1930 die Tochter Margot geboren wurde. David Feigmann war als Bauarbeiter bei der Hoch und Tiefbau A.G. Bochum tätig und handelte nebenbei mit verschiedenen Artikeln. Die Familie bewohnte eine gut eingerichtete drei Zimmer Wohnung mit Küche.

Georg Feigmann – an ihn schreibt Frau Naftalie – beendete 1931 in Bochum die jüdische Volksschule und besuchte bis Frühjahr 1932 einen Fortbildungskurs in Tagesschule. Anschließend begann er eine Ausbildung im Kaufhaus Gebrüder Alsberg als Plakat- u. Schildermaler, entschloss sich aber dann für eine landwirtschaftliche Ausbildung. Etwa ab Juli 1932 arbeitete er als Gärtnerlehrling bei dem Bergassessor Dr. Eichler unter dem Gärtnermeister Peter Kessler an der Querenburger Straße. Mitte 1933 sah Dr. Eichler sich „gezwungen mich als Jude zu entlassen“, sein bisheriger Lehrmeister beschäftigte ihn bis Januar 1934 privat als Landgehilfe. Da er in Deutschland keine berufliche Perspektive für sich sah, entschloss er sich zur Auswanderung nach Palästina und besuchte Auswanderungsvorbereitungslager in Harzburg, Berlin-Grunewald und Potsdam, kehrte im August 1934 zu seinen Eltern nach Bochum zurück und wanderte im Dezember 1934 nach Palästina aus. Er traf am 17.12.1934 in Haifa ein, kam in ein Jugendlager und konnte sich in den folgenden Jahren durch Gelegenheitsarbeiten sein Exis-

tenzminimum sichern. Sein Bruder Roland folgte ihm 1936 nach Palästina, verstarb aber noch im selben Jahr im Alter von 16 Jahren. David und Frieda Feigmann wurden zusammen mit ihren vier jüngeren Kindern in der Nacht vom 27./28. Oktober 1938 in der so genannten „Polenaktion“, von der reichsweit etwa 17. 000 Juden polnischer Nationalität betroffen waren, über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben und nachfolgend in dem kleinen Grenzort Zbazyń (Bentschen) unter menschenunwürdigen Bedingungen interniert.

Nach diesem Exkurs zurück zum eingangs vorgestellten Brief. Frau Rosel Naftalie schreibt am 3. Dezember 1938:

„Lieber Georg! Du mußt schon entschuldigen, daß ich Dir erst heute auf Deinen Brief v. 13.11. antworte, aber es haben sich in der Zeit Dinge ereignet, die mich und uns alle hier derart aus dem Gleichgewicht gebracht haben und grenzenloses Leid über alle Juden in Deutschland. Doch Du wirst über die Ereignisse gewiß aus Zeitungen und Berichten aus Briefen etc. auch im Bilde sein, so daß ich Dir nur noch mitzuteilen brauche, wie es uns hier persönlich ergangen ist. Vorher will ich Dir, falls Du nicht inzwischen durch direkte Verbindung mit Deinen lb. Eltern u. Geschwistern, die polnische Adresse notieren:

Fam. Feigmann Zbazyń / Polen Strzelnica.

Ich hatte vor einigen Tagen wieder einen Brief von Deiner lb. Mutter und sind sie noch alle in dem Lager. Die Wohnung hier ist noch unverändert, es sind alle Sachen noch vorhanden, aber in den nächsten Tagen wird wohl alles verkauft werden, weil Herr Bente ¹ darauf drängt, daß die Wohnung anderweitig vermietet wird. Die Stadt zahlt schon seit dem 31. Oktober keine Miete mehr, aber die poliz. Genehmigung zur Auflösung war bis jetzt

¹ Herr Bente war der Vermieter der Familie Feigmann. Sein Sohn erklärte 1961 als Zeuge im Wiedergutmachungsverfahren Feigmann, dass der Hausrat der Familie Feigmann im Hofe des Hauses Querenburger Str. 15 versteigert wurde und er annehme, dass die Beschlagnahmung durch die Stadt Bochum erfolgte. Die Familie Feigmann sei nicht nach Bochum zurückgekehrt und habe auch nicht die Versteigerung eingeleitet. StA NRW Münster, Regierung Arnsberg Wiedergutmachung 460 280: Feigmann, David.

nicht zu erreichen gewesen. Deine Lieben haben an Kleidung u. Wäsche soviel mitgenommen, als sie bewältigen konnten, aber natürlich mußte vieles zurückbleiben und wir würden ihnen das Nötigste nachgeschickt haben, wenn es möglich gewesen wäre – auch dazu ist eine Genehmigung v. Landes-Finanzamt Münster erforderlich, die von Fr. Schönwald wohl beantragt, aber noch nicht genehmigt ist. – Genau 14 Tage nachdem Deine Lieben mit allen anderen poln. Juden so plötzlich fort mußten, ereigneten sich die Aktionen gegen das Judentum im Verlauf dessen hier in Bochum in der Nacht v. 9. zum 10. Novbr. die Synagoge abgebrannt ist! ebenso das schöne Heim, die Schule zerstört, alle noch vorhandenen jüd. Geschäfte demoliert, sehr viele Privatwohnungen demoliert, das Mobiliar zerschlagen und am 10. 11. u. 12. Novbr. wurden alle jüd. Männer von 14 Jahren ab in Schutzhaft genommen! Alle, beide Rabbiner, Mendel, alle Vorstandsmitglieder – inzwischen sind die 14 Jährigen Knaben und die Männer über 60 Jahren entlassen worden – d.h. soweit sie sich noch im hiesigen Poliz. Präsidium befanden – der größte Teil ist nämlich fortgeschickt worden und nach genau 14 Tagen bekamen die Angehörigen ein paar Zeilen aus dem Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin! Daß mein lieber Mann auch bei diesen Unglücklichen ist, brauche ich wohl gar nicht besonders zu erwähnen. Wenigstens weiß ich aber wo mein lb. Mann ist und habe auch schon ein Lebenszeichen von ihm. Das Furchtbare aber ist, daß ich nicht weiß wo mein Erich ist! Der Hachscharah Kibbuz Ellguth existiert natürlich seit dem 10./11. auch nicht mehr und ich habe von meinem lb. Jungen noch nichts wieder gehört, alle Anfragen blieben bis jetzt unbeantwortet – in der Meinekestr. wird erst seit einigen Tagen wieder gearbeitet, und ich warte mit jeder Post auf eine Auskunft, diese Ungewißheit zermürbt mich und man weiß wirklich nicht, wie lange die Kräfte noch reichen werden, um all das Leid zu tragen – ein Bruder meines Mannes ist als Opfer dieser Aktionen auf schreckliche Weise ums Leben gekommen, ein Mann von 33 Jahren – so ist jede Familie aufs tiefste getroffen und ich meine, das Deine Lieben in Polen trotz ihrer Not dem Schicksal dankbar sein können, daß die Eltern u. Kinder beisammen sein dürfen und nicht alle Familienbande zerrissen sind – Nun sollen von hier die Kinder ins Ausland geschickt werden,

nach Holland u. Palästina – unser Hans wird wohl auch fort kommen, nach Holland, (denn Palästina nimmt ja die Kinder erst vom 10. Lebensjahr u. Hans ist 8 Jahre) meine Einwilligung habe ich blutenden Herzens schon gegeben und auch die nötigen Papiere besorgt. Dann bleibe ich ganz allein mit meinem Kummer, aber danach darf ich nicht fragen, die Zukunft des Kindes ist wichtiger, hier ist weder Erziehungs- noch Existenz Möglichkeit mehr zu erwarten. – Sehr viele jüd. Mieter sind von ihren Hauswirten die Wohnungen gekündigt worden, wer weiß wann die Reihe an uns ist? – Nun habe ich Dir in kurzen u. armseligen Worten unsere Lage hier geschildert, es würde mich sehr interessieren wie es bei Euch im Lande aussieht! Die Zeitungsberichte sind erschütternd, hoffentlich bist Du gesund und in der Lage Deinen lb. Eltern zu helfen! Hast Du irgendwelche Beziehungen zu früheren Bochumern? Du wolltest wissen, welche Bochumer Familien von der Ausweisung nach Polen betroffen wurden: Es waren Brand, Baron, Flaumenhaft, Segall, Unger, Sporn, Ziegellaub, Schreiber, Zucker, Lauber, Wiener, Goldwenger, Insler, Lustmann, Schmerler, Jäckel, Rosenheck, [unleserlich], Herschberg, Plessler, Weißmann, Literat, Goldberger und noch einige alleinstehende Personen, die ich nicht beim Namen kenne.

Ich will nun Schluß machen und würde mich freuen, bald wieder etwas von Dir zu hören.

Lebe wohl und sei herzlichst begrüßt in Freundschaft von Deiner

Frau Rosel Naftalie“

Es folgt noch ein im schönsten Sütterlin geschriebener Gruß von dem achtjährigen Sohn Hans:

„Viele herzliche Grüße und Schalom !

Dein Hans Naftalie“

Am 4. Januar 1939 schickte Rosel Naftalie ihren Sohn Hans zu einer bekannten jüdischen Familie nach Rotterdam, später lebte er in einem Waisenhaus am Mathenesserplaan 208 in Rotterdam. Von dort wurde er am 10. Oktober 1942 in das Lager Westerbork und

am 2. März 1943 nach Sobibor deportiert. Er starb am 5. März 1943 in Sobibor.

Der Sohn Erich war am 10. November 1938 auf der Schulfarm Ellguth von der SA verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert worden. Mit Hilfe der Jewish Agency konnte er am 10. Dezember 1938 das Lager verlassen, kehrte nach Bochum zurück und bemühte sich um seine Auswanderung. Am 12. Februar 1939 reiste er in ein Werkdorf in den Niederlanden. Nach einigen Monaten vergeblichen Wartens auf seine Einreisegenehmigung nach Palästina, entschloss er sich auf illegalen Wegen dorthin zu gelangen. Am 12. August 1939 reiste er in Palästina ein, schloss sich bis 1946 dem Kibbuz Gal Ed an und wurde im Mai 1948, nachdem er in der Zwischenzeit als Lohnarbeiter bei Bauern gearbeitet hatte, zum Militär einberufen. Nach seiner Entlassung im Januar 1950 lebte er bis 1955 in der Gemeinschaftssiedlung ARABEL und trat dann eine Stelle als Jugendgruppenleiter in einer landwirtschaftlichen Schule in Petach-Tikwa an. Dort verbrachte er die nächsten Jahre und heiratete.

Wilhelm Naftalie kehrte Ende Dezember 1938 aus dem Konzentrationslager nach Bochum zurück. Etwa ab Mitte 1939 musste er im Berg- und Straßenbau Zwangsarbeit leisten und durfte nur gelegentlich nach Hause kommen. Wilhelm wurde zusammen mit seiner Frau Rosel im Januar 1942 nach Riga deportiert. Während Rosel Naftalie in Riga blieb, wurde ihr Mann schon bald in das Konzentrationslager Salaspils in der Nähe von Riga gebracht. Das letzte Lebenszeichen ihres Mannes erhielt sie im August 1944. Über das weitere Schicksal von Wilhelm Naftalie ist nichts bekannt. Rosel Naftalie wurde am 1. Oktober 1944 von Riga in das Konzentrationslager Stutthoff verlegt. Nachdem sie im April 1945 im Lager Thorn befreit worden war, kehrte sie zunächst nach Bochum zurück und emigrierte nach England. 1955 ging sie nach Israel, wo sie am 28. Februar 1963 starb.

David und Frieda Feigmann blieben zunächst mit ihren vier jüngeren Kindern in Zbaszyn. Es gelang ihnen ihre neunjährige Tochter Margot kurz vor Kriegsausbruch mit Hilfe der Jugend Alliah Organisation mit einem Kindertransport nach England zu

bringen. Das Lager Zbaszyn wurde im Oktober 1939 aufgelöst. Wann genau die Feigmanns das Lager verlassen haben, wissen wir nicht, sie befanden sich aber im Sommer 1941 in Krynki paw Grodno (Bezirk Bialystok) im sowjetisch besetzten Teil Polens. Von dort erhielt Georg Feigmann im Juni 1941 das letzte Lebenszeichen seiner Eltern und Geschwister. Mit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges fiel diese Gegend unter deutsche Besatzung. Erst nach Kriegsende erfuhr Georg Feigmann vom weiteren Schicksal seiner Familie in Polen. Er fand einen Jungen aus der Gegend von Krynki, der ihm erzählte, dass alle Juden aus Krynki im Juli 1941 in ein Konzentrationslager deportiert und dort bald nach Ihrer Ankunft ermordet wurden. Am 03.12.1959 wurden David und Frieda Feigmann und ihre Kinder Günther, Harald und Waldemar zum 31.12.1945 für Tod erklärt.

Margot Feigmann kam zunächst zu einer Familie nach Manchester, wurde aber schon bald kriegsbedingt in eine ländliche Region evakuiert. Als sie nach zwei Jahren nach Manchester zurückkehrte, konnte sie nach dreijähriger Unterbrechung ihre Schulausbildung wieder aufnehmen. Obwohl sie eine gute Schülerin war musste sie mit vierzehn Jahren die Schule verlassen und arbeitete als Maschinistin in einer Kleiderfabrik. Nach dem Tod ihres Pflegevaters half sie zwei Jahre lang der Pflegemutter, die durch Heimarbeit ihren Lebensunterhalt bestritt und war dann wieder in einer Fabrik tätig. Mit einundzwanzig Jahren heiratete sie, bekam zwei Kinder und gab 1956 als berufliche Tätigkeit Hausfrau an.

Georg Feigmann hielt sich von Februar 1940 bis März 1945 in Tiberias auf und stand mit seiner Schwester Margot in ständiger Verbindung. Bis in die fünfziger Jahre lebte er unter sehr ärmlichen Verhältnissen. Erst dann gelang es ihm als Bauarbeiter einen gering bezahlten Arbeitsplatz zu finden. 1956 lebte er in Kiriath Amal bei Haifa, war verheiratet und Vater von drei Kindern. Seit März 1959 wohnte er in Chicago / USA.

(Sabine Krämer)

Das „Forum Juden & Christen“ in Hattingen

Ein Flügel stand mitten in der Volme, vom Wasser umspült. Fanatisierte Menschen hatten ihn aus der Wohnung von Juden herausgeschleppt und in den Fluss geworfen. Gerda Budde wusste sehr wohl, was ein Flügel ist, und dieses Bild grub sich tief in ihre Erinnerung ein. Geboren am 08.01.1931 in Hagen, erlebte sie als Siebenjährige an der Hand des Vaters die Verwüstungen der Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938, in der auch die Synagoge in der Hagener Potthofstraße brannte. Ihre Eltern waren aufrechte, zutiefst religiöse Menschen, die sich mit ganzem Vermögen dafür einsetzten, ihren Kindern Werte der Menschlichkeit und der Bildung zu vermitteln. Nach dem Studium der evangelischen Theologie wurde Gerda Budde 1972 Pastorin der Evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in Hattingen-Süd. Das Verhältnis zwischen Juden und Christen beschäftigte sie immer wieder. Unter der Führung von Dr. Metzger, dem Leiter der Evangelischen Fortbildungsstätte Denkendorf (bei Esslingen/Baden-Württemberg), nahm sie im Oktober 1979 an einer ersten Reise nach Israel teil. Die Reiseeindrücke vermittelte sie dann in einem ersten Versammlungsabend am 08.11.1979 in der Johannesgemeinde anhand von Diapositiven. Bereits am 22.11.1979 veranstaltete sie eine Gesprächsrunde über „das Verhältnis von Juden und Christen“ und gründete damit die „Arbeitsgemeinschaft Judentum – Christentum und Freunde von Israel“, später „Arbeitskreis Juden – Christen“ genannt. Zunächst monatlich, später in etwas größeren Abständen, wurden ab 1980 regelmäßig Gesprächsrunden veranstaltet zu verschiedenen Themen des Judentums, die für Christen von Interesse sind oder mit dem Christentum im Zusammenhang stehen, meist donnerstags abends, anfangs übergangsweise im Gemeindehaus in der Bruchstraße, ab 1981 dann im neu erbauten Gemeindehaus in der Umlandstr. 32: Über „die Stellung der Frau in Israel“, über

„die Messiaserwartung“, über „jüdische Feste und Bräuche“, über „jüdische Einflüsse in unserer Literatur“, und andere Themen. Die Vorbereitung einer weiteren Israel-Reise im Frühjahr 1982 war Anlass, sich mit Sehenswürdigkeiten dieses Landes zu beschäftigen. Für schwierige und komplexe Themen, etwa „Jesus, Paulus und die Juden“ oder „Judesein, - zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, konnten in der Folge immer wieder auch Referenten von auswärts gewonnen werden; meist wurden die Gesprächsrunden aber von Pastorin Budde oder anderen Teilnehmern des Arbeitskreises geführt. Sie leitete die Arbeitsgemeinschaft Judentum - Christentum bis zu ihrer Pensionierung am 31.03.1995, außerdem auch noch einen christlich-islamischen Arbeitskreis, der gleichfalls an der Gemeinde angesiedelt war. Bereits 1988 hatte Pastorin Budde einen Sommerkurs an der Jüdischen Hochschule Heidelberg besucht und im Anschluss ein Semester dort studiert. Gleich nach ihrer Pensionierung immatrikulierte sie sich dort zum Sommersemester 1995 und studierte daselbst weitere fünf Semester, in denen sie sich, neben anderen Inhalten, sehr mit Rabbiner Leo Baeck beschäftigte. Hernach verlagerte sich der Schwerpunkt ihrer Interessen zur Biblischen Archäologie, auf welchem Gebiet sie heute noch tätig ist.

Ihre Nachfolger und Nachfolgerinnen im Amt in der Johannesgemeinde waren mit dazu gekommenen Aufgaben so stark belastet, dass der christlich-islamische Gesprächskreis nicht weiter gepflegt werden konnte und auch der Arbeitskreis Juden – Christen an Dynamik verlor. Dr. Felix Schikorski, von Beruf Jurist, der bereits 1995 zum Arbeitskreis dazugekommen war und am 16.03.1995 ein Referat zum „Grundlagenabkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel“ gehalten hatte, engagierte sich in der Folge sehr für den Erhalt des Arbeitskreises. Anlässlich des Ökumenischen Stadtkirchentags in Hattingen am Samstag, 18.06.2005, konnten neue Kontakte zur Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen hergestellt werden. Ein Referat über „Das

Fest des Achten Tages und der Thorah-Freude“ bildete den Auftakt für Vortragsabende mehrmals im Jahr, die seither wieder regelmäßig durchgeführt werden. Der Teilnehmerkreis konsolidierte sich. 2006 gab sich der Arbeitskreis den jetzigen Namen „Forum Juden & Christen Hattingen“ und wird seither gemeinschaftlich von Herrn Axel Zachey, Presbyter der Johannes-Kirchengemeinde, und Dr. Felix Schikorski geführt und vom Pfarrer der Johannesgemeinde, Frank Schulte, theologisch begleitet. Das Forum setzte sich zum Ziel, die Verlautbarungen der Evangelischen Kirche in die Gemeindegemeinschaft umzusetzen, nach denen ein neues Verhältnis der Kirche zum Jüdischen Volk gesucht werden soll auf der Basis des Paulus-Wortes (Röm. 11, 18): „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich!“ Darüber hinaus will das Forum offen sein für Mitarbeit und Teilnahme auch Angehöriger anderer Konfessionen oder Religionen oder von religiös nicht gebundenen Menschen. Das Forum will auch weiterhin Kenntnisse über das Judentum und über Beiträge jüdischer Menschen für unsere Kultur vermitteln, zugleich aber über Formen des Antijudaismus und Antisemitismus informieren, um so erneutem Auftreten vorzubeugen. Dr. Schikorski gelang es seither, für 4-5 Vortragsabende pro Jahr Referenten zu finden und die Themenvielfalt auf hohem Niveau zu halten. Die Referate behandelten unter anderem: „Die Thorah: Ein Gesetz auch für Christen?“, „Der Schabbath“, „Das jüdische Zinsverbot“, „Dietrich Bonhoeffer und die Juden“, „Die Deutschen Christen“, „Bibel in Gerechter Sprache“, „Die ‚Entjudung‘ des Wohnraums in Bochum“, zudem Künstlerporträts wie z.B. Felix Mendelsohn-Bartholdy, Jacques Offenbach.

Während die bisherigen Vortragsabende prinzipiell auch weiterhin durchgeführt werden sollen, schlug Dr. Schikorski Anfang 2012 ein von ihm lange schon vorbereitetes weiteres Kapitel der Tätigkeit des Forums auf: die Auseinandersetzung mit der Thorah, das sind die Fünf Bücher Moses, die nicht nur die Grundlage der jüdischen Religion ist, sondern, durch Jesus, auch der

christlichen, auf die sich Jesus in all seinen Worten immer wieder bezieht. In Form von Seminarabenden werden, unter Zuhilfenahme von Quellenmaterialien des jüdischen Judaisten Y. T. Radday, einzelne Themen der Thorah (Tora) behandelt: „Ein Stück Tora“. Im ersten Halbjahr 2012 widmeten sich je zwei Abende den Themen „Die vier Flüsse im Garten Eden“ und „Die Bindung Isaaks“. Im Weiteren sind die Themen „Die Lagerstätten Israels in der Wüste“, „Nächstenliebe“ und „Amalek – oder Widerstand dem Bösen“ vorgesehen. Die bisherigen Abende fanden reges Interesse. Vielleicht kann sich aus diesen Aktivitäten eine Art gemeinsames Lehrhaus zur Thorah entwickeln, zugänglich für Juden und Christen, aber auch für religiös nicht gebundene Menschen, - wäre es nicht einer gemeinsamen Anstrengung wert?

(Dr. Michael Rosenkranz)

Quellenangaben:

Handschriftliche Aufzeichnungen von Frau Budde über die Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Judentum – Christentum im Zeitraum 08.11.1979 – 24.02.1984

Gedruckte Aufzeichnungen von Herrn Lüdecke über die Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Judentum – Christentum und Freunde von Israel im Zeitraum 11.04.1984 – 11.05.1995

Eigene Aufzeichnungen von einem Gespräch mit Frau Budde anlässlich eines Besuchs bei ihr zu Hause am Do., 10.05.2012, 16 Uhr

Liste der Veranstaltungen des Forums Juden & Christen für den Zeitraum 08.03.2007 – 10.05.2012, die Herr Zachey am 06.12.2011 per E-mail zur Verfügung stellte

Kurze Informationen zur Geschichte und zu den Zielen des Forums Juden & Christen, die Dr. Schikorski am 02.01.2012 per E-mail zur Verfügung stellte

Yehuda T. Radday: „Auf den Spuren der Parascha: Ein Stück Tora, zum Lernen des Wochenabschnitts“, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a.M., und Verlag Sauerländer, Aarau, 1. Auflage 1989

Eigene Aufzeichnungen

September 1941: die deutschen Juden müssen den „gelben Stern“ tragen

Vortrag, gehalten am 23. September 2011 auf einer Veranstaltung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschisten.

Im September 1941 mussten sich die deutschen Juden einen handtellergroßen, sechszackigen, gelben Stern auf die linke Brustseite der Kleidung heften. Er war schwarz umrandet und trug die Aufschrift „Jude“ in schwarzen, die hebräische Schrift parodierenden Buchstaben. Die Stigmatisierung schloss praktisch den Prozess der Ghettoisierung ab und signalisierte zugleich den Beginn der planmäßige Deportation. Auch in den besetzten Gebieten kündigten die Judensterne die „Endlösung“ an. Schon zuvor hatten Nationalsozialisten wiederholt auf die Einführung eines Judenabzeichens gedrängt. Aus der langen Geschichte der Judenfeindschaft kannten sie die vielfältigen Formen, Funktionen und Folgen der Diffamierungszeichen, die im 9. Jahrhundert in der arabisch-islamischen Welt aufgetaucht und im 13. Jahrhundert im christlichen Europa von kirchlichen und weltlichen Autoritäten übernommen worden waren. Im 18. Jahrhundert waren die gelben Flecke verschwunden, überflüssig geworden, als sich im Zeichen der Aufklärung der Eintritt der Juden in die moderne, bürgerliche Gesellschaft anbahnte. In der Tradition des Antisemitismus lebten die historischen Vorbilder weiter. 1933 begannen die nationalsozialistischen „Judenexperten“ mit der Planung und Praktizierung einer Kennzeichnungspolitik. Im KZ Dachau, dem „Modelllager der SS“, führte man die farbigen Winkel ein, die die verschiedenen Häftlingskategorien markierten: Rot wurde für die „Politischen“ verwendet, grün für die „Kriminellen“, schwarz für die „Asozialen“, violett für die „Ernsten Bibelforscher“, rosa für die Homosexuellen und braun für die Zigeuner. Jüdische Häftlinge trugen – je nach ihrem Einlieferungsgrund – unter dem roten, blauen,

grünen oder schwarzen Dreieck einen gelben Winkel: dadurch wurde ein sechszackiger, zweifarbiger Judenstern gebildet. Das gelbe Stoffdreieck prägte sich einem Nationalsozialisten ein, er in Dachau das Amt eines Bürgermeisters ausübte. Nach Ausbruch des Krieges zum Stadtkommandanten von Wloclawek (Leslau) ernannt, zwang er – ohne Weisung von oben – am 24. Oktober 1939 den Juden in der Weichselstadt einen gelben Winkel auf. Das Beispiel machte Schule: Innerhalb weniger Tage verbreiteten sich die Judenabzeichen über das besetzte Polen. Es dauerte auch nicht lange, bis hohe Staats-, Partei- und SS-Funktionäre dafür plädierten, die Kennzeichnung der deutschen Juden vorzunehmen.

Adolf Hitler behielt sich die Entscheidung vor, und er schob sie so lang hinaus, bis er in der Lage war, den Juden – wie er sagte – „den Stoß ins Herz hinein“ zu versetzen.

Den Vernichtungsschlag kündigte er am 29. April 1937 in einer Rede vor Kreisleitern der NSDAP an. Ich zitiere diese Rede etwas ausführlicher, weil sie die Vorgehensweise Hitlers – nicht nur in der Frage der Kennzeichnung der Juden – charakterisiert. Die Anregung eines Journalisten zur Einführung eines Judenabzeichens apostrophierend, sagte er:

„Also, der Herr Redakteur fordert im Namen seiner Leser von mir, dass ich das tue. Zunächst: Längst eh’ dieser Herr Redakteur von der Judenfrage eine Ahnung hatte, habe ich mich doch schon sehr gründlich damit beschäftigt; zweitens, dieses Problem der Kennzeichnung wird seit zwei, drei Jahren fortgesetzt erwogen und wird eines Tages so oder so natürlich auch durchgeführt. Denn: das Endziel unserer ganzen Politik ist uns ja allen ganz klar. Es handelt sich bei mir immer nur darum, keinen Schritt zu machen, den ich vielleicht wieder zurück machen muss, und keinen Schritt zu machen, der uns schadet. Wissen Sie, ich gehe immer an die äußerste Grenze des Wagnisses, aber auch nicht darüber hinaus. Da muss man nur die Nase haben, ungefähr zu riechen: ‚Was kann

ich noch machen, was kann ich nicht machen?' (Große Heiterkeit und Beifall!). Ach im Kampf gegen einen Gegner. Ich will ja nicht gleich einen Gegner mit Geld zum Kampf fordern, ich sage nicht: ‚Kampf!‘, weil ich kämpfen will, sondern ich sage: ‚Ich will dich vernichten! Und jetzt Klugheit hilf mir, dich so in die Ecke hineinzumanövrieren, dass du zu keinem Stoß kommst, und dann kriegst du den Stoß ins Herz hinein.‘ Das ist es! (Bravorufe)“

Dieser Zeitpunkt war gekommen, als die Deportationen vorbereitet wurden. Am 20. August 1941 gab Hitler die Zustimmung zur Einführung des Judensterns und dem Reichspropagandaminister Goebbels freie Hand, das Modell zu entwerfen. Sachverständige im Reichsinnenministerium und im Reichssicherheitshauptamt einigten sich über die Ausformulierung der „Polizeiverordnung“, die am 1. September fertiggestellt, wenige Tage später verkündet wurde und am 19. September 1941 in Kraft trat. Fortan mussten fast alle Juden – lediglich „Mischlinge“ und jüdische Partner in „privilegierten Mischehen“ waren ausgenommen - über sechs Jahre in der Öffentlichkeit einen Judenstern tragen, „sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks“ und „fest angenäht“. Und fortan durften die „Sternträger“ nicht mehr ihre Wohnbezirke ohne polizeiliche Genehmigung verlassen. Die öffentliche Stigmatisierung erleichterte es den Nationalsozialisten, die neuen Wohn- und Bewegungsbeschränkungen durchzusetzen, sie war so eine entscheidende „Vorausmaßnahme“ für die schnelle Erfassung und den störungsfreien Abtransport der Opfer, die im Oktober 1941 begann (in Bochum im Januar 1942).

Ankündigung und Aushändigung der Judensterne überließen die Behörden den jüdischen Repräsentanten. Am Nachmittag des 8. September 1941 wurden Dr. Paul Eppstein für die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ und Dr. Josef Löwenherz für die israelitische Kultusgemeinde Wien ins Berliner RSHA beordert, dort erhielten sie die entsprechenden

Weisungen:

Die Verteilung der Kennzeichen hatte zu erfolgen:

- durch die Reichsvereinigung der Juden im Altreichsgebiet sowie für die seit 1939 neu eingegliederten Ostgebiete ohne Generalgouvernement, ferner für die eingegliederten Westgebiete: Luxemburg, Elsaß und Lothringen
- pro Person sollten 4 Sterne ausgegeben werden. Die Organisationen erhielten den Stern zum Selbstkostenpreis von 3 Pfennigen, sie ihrerseits hatten die Sterne zur Deckung der mit der Verteilung verbundenen Verwaltungskosten für 10 Pfennige abzugeben.
- Die Nichtglaubensjuden mussten die Sterne bei der zuständigen jüdischen Kultusvereinigung bzw. Bezirksstelle abholen.
- Sollten Juden gegen die Maßnahme verstoßen, wurde nicht nur mit Geldstrafen, sondern auch mit Inschutzhaftnahme gedroht.
- Juden wurde ferner verboten, Orden und Ehrenzeichen zu tragen und den Wohnort ohne schriftliche polizeiliche Genehmigung zu verlassen.

Beim Empfang der Judensterne mussten die Empfänger die Kenntnisnahme der Bestimmungen bestätigen und mit ihrer Unterschrift erklären:

„Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen.“

Den Zuschlag für die Herstellung der Judensterne erhielt die Berliner Fahnenfabrik Geitel & Co, die innerhalb weniger Tage den Auftrag ausführte. Fast 1 Million Sterne – aufgedruckt auf langen Stoffrollen und verpackt in schweren Ballen – wur-

den geliefert. Der Auftrag brachte der Firma 30 000 RM ein, wobei noch die üblichen Geschäftspraktiken befolgt und „bei Zahlung innerhalb von 5 Tagen“ 2 % Skonto gewährt wurden. „Weisungsgemäß“ buchte die „Reichsvereinigung der Juden in D.“ die Rechnungsbeträge von einem Sonderkonto ab, das unter dem Namen „Grundstückserlöse“ lief. Und auf dieses Konto floss im Oktober 1941 noch ein Betrag von 3 000 RM zurück, ein „Guthaben“, das bei der Fahnenfabrik entstanden war, da man hier inzwischen den Preis von je 100 Kennzeichen von 3 RM auf 2,90 RM herabgesetzt hatte.

Vertrauliche, „nicht zur Veröffentlichung geeignete“ Richtlinien des RSHA wiesen die regionalen Stapoleitstellen und andere Dienststellen an, „Tragweise“ und „Verteilung“ der Judensterne genauestens zu überwachen und jeden Verstoß „grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden“. Ebenso eindeutig waren die Instruktionen zur Durchsetzung der Wohn- und Bewegungsrestriktionen. Und um den Sternträgern „jede Möglichkeit“ zu nehmen, „sich auch weiterhin zu tarnen“, ordnete das RSHA in einem vom 13. März 1942 datierten Schnellbrief Reinhard Heydrichs die Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen, Verwaltungsdienststellen, Kinder-, Alters- und Siedenheime an. Diese Kennzeichnung sollte in Größe und Form dem gelben Stern entsprechen, jedoch in weißer Farbe gehalten sein, „damit es sich von den meistens raunen Türen besser abhebt“. „Das Kennzeichen ist unmittelbar neben dem Namensschild oder in Ermangelung eines solchen sonst wie am Wohnungseingang von außen und für jedermann sichtbare durch Aufkleben zu befestigen.“

Die Polizeiverordnungen zur Kennzeichnungspflicht wurden durch andere Maßnahmen ergänzt:

Am 24. Oktober 1941 erging ein Runderlass des RSHA, der denjenigen „deutschblütigen“ Bürgern eine Schutzhaft von drei Monaten androhte, die „in der Öffentlichkeit freundschaftliche Beziehungen zu Juden“ erkennen ließen. In Hamburg beispielsweise wurde den „deutschblütigen Volksgenossen“

beim Abholen der Lebensmittelkarten ein Flugblatt ausgehängt, das diesen Erlass im Wortlaut enthielt.

Bereits am 18. April 1941 war Juden die Benutzung von Reisezügen und schiffen ohne Sondergenehmigung untersagt worden. „Sternträger“ durften ab Oktober 1941 keine Telefonzellen mehr benutzen und ab September 1942 nur noch zu bestimmten Zeiten einkaufen. Am 24. März 1942 verbot das Reichsministerium des Inneren grundsätzlich auch die Benutzung von innerstädtischen Verkehrsmitteln; nur Fahrstrecken zur Arbeit über sieben Kilometer Entfernung galten als genehmigt.

Wie reagierten die Betroffenen auf die verordnete Kennzeichnung?

Um das herauszufinden, muss man auf Tagebuchaufzeichnungen, Briefe, Erinnerungen aus der Nachkriegszeit zurückgreifen. Für Bochum liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt meines Wissens kaum Zeugnisse vor.

Emmy Vollmann, die Frau des Vorsitzenden der Ende 1945 wiedergegründeten kleinen jüdischen Gemeinde Bochum, schrieb in ihrem 1953 an das Wiedergutmachungsamt Bochum gerichteten langen Bericht über ihre Erfahrungen im Nationalsozialismus:

„... Ich habe alles redlich mit ihm (Siegbert Vollmann) geteilt, als er 1941 im Mär als fast 60jähriger in den Tiefbau beordert wurde, und schwer arbeiten musste, bekam er keine Schwerarbeiterzulage, da habe ich auf vieles verzichtet, um meinem Ehemann das Durchhalten zu ermöglichen. Als dann im Jahre 1941 mein Mann den Judenstern tragen musste, wurde unsere Wohnungstüre (das war schon im Judenhaus Horst-Wessel-Straße 56) mit einem Judenstern verziert, damit jeder sofort sehen konnte, dass hier Juden wohnten. Außerdem musste ich meine elektrischen Geräte abgeben und meinen Kanarienvogel abschaffen. Sehr häufig war ich groben

Pöbeleien ausgesetzt, wenn ich mit meinem Manne mich auf der Straße sehen ließ, weil ich es wagten, als Deutsche mit einem Juden – Sternträger – auszugehen. ...“ (Judenhäuser, S 140f.).

Karola Freimark, die Chronistin der Situation in Bochum in dieser Zeit, erwähnt in ihren Briefen an die Kinder in die USA den Stern überhaupt nicht: Sei es, dass sie die Kinder nicht belasten wollte, wahrscheinlicher ist, dass sie mit anderen Dingen beschäftigt war: Zentrales Thema in den Briefen ist die Auswanderung, die Finanzierung der Schifffahrt in die USA. Beides gelingt nicht mehr, die Freimarks müssen im Mai 1942 ins „Judenhaus“ in der Horst-Wesselstraße 56 ziehen, sie werden im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Auch in ihren Aufzeichnungen nach 1945 erwähnt Karola Freimark den „gelben Stern“ nicht.

Vielleicht erwähnt Frau Freimark die Einführung des gelben Sterns auch deswegen nicht, weil die soziale Situation der Juden in der überschaubaren Stadt Bochum im September 1941 schon lange desolat war – man kannte hier seine Juden. Im September lebten ohnehin nur noch etwa 200 Juden in Bochum, die meisten von ihnen lebten in den sogenannten „Judenhäusern“. Liest man die Freimark-Briefe, dann wird klar, dass nach der Pogromnacht die soziale Isolierung der Juden in allen gesellschaftlichen Bereichen rasant fortschritt. Dazu kam, dass der jüdische Kulturbund in Bochum den Juden kein Programm anbieten konnte – es fehlten die Räume. Angesichts der weiter fortschreitenden emigrationsbedingten Auflösung der Gemeinde wurde der Bekannten- und Freundeskreis stetig kleiner. Meldungen über die Emigration von Freunden, Verwandten und Bekannten ziehen sich wie ein Leitmotiv durch die Briefe. Berichte über private Aktivitäten außerhalb der Wohnung sind dagegen selten. Von einzelnen Spaziergängen, die die Eheleute Freimark alleine oder mit Freunden unternahmen, schreibt Karola Freimark ausschließlich im Frühjahr 1939. Insgesamt blieben diese auf vier be-

schränkt, vermutlich, weil sie mit der Gefahr verbunden war, als Juden erkannt und angepöbelt zu werden. Spaziergänge in Dortmund oder am Bochumer Stadtrand, Einkäufe in Essen und Dortmund, verweisen in diesem Kontext auf mögliche Ausweichmanöver. Vor diesem Hintergrund stellte der Stern offensichtlich für Karola Freimark kein Ereignis dar, das man den Kindern mitteilen musste.

Wir müssen also Belege aus anderen Städten Deutschlands heranziehen, um die Wirkung des Sterns auf die Betroffenen zu beschreiben. Dazu müssen wir zunächst in das Jahr 1933 zurückgehen.

„Tragt ihn mit Stolz – den Gelben Fleck!“ hatte im April 1933 der Zionist Robert Weltsch den deutschen Juden zugerufen, um ihren Schock über den nationalsozialistischen „Judenboykott“ abzufangen. Sein Appell zielte damals darauf ab, mit Selbstachtung und Selbstbesinnung auf die Diffamierung und Diskriminierung zu antworten und alle Kräfte für die Absicherung, für den Wiederaufbau einer jüdischen Existenz zu mobilisieren. Die Tradition der jüdischen Geschichte verlieh ihm die Fähigkeit, die aufgezwungenen Zeichen der Schande und Unterwerfung in Symbole des Stolzes und der Ehre umzuwandeln. Die Nationalsozialisten kopierten den „Magen David“ den legendären sechszackigen Davidstern, der im 19. Jahrhundert zu einem jüdischen Symbol erhoben und der dann von den Zionisten als „Stern der Erlösung“ zum nationalen Emblem deklariert worden war. Mit diesem Stern gebrandmarkt zu werden, hieß, ein Bekenntnis zum Judentum abzulegen. Der Aufruf von Robert Weltsch hallte im Herbst 1941 noch nach. Vereinzelt trugen deutsche Juden den Stern mit Stolz oder mit einer Geste des Trotzes.

Zwei Beispiele.

Dem Tagebuch des Breslauer Studienrates a.D. Dr. Willi Cohen entnehmen wir den Eintrag vom 20. September 1941: Im „Schmuck des Judensterns“ ging er an diesem Tag in die Synagoge. „Ich wollte an diesem Tage unbedingt gehen, um mir

nicht nabsagen zu lassen, dass ich wegen Feigheit gefehlt hätte.“ Er war überzeugt, dass das Auftauchen der Sterne „den Leuten peinlich ist“.

Monika Richarz veröffentlicht in ihrer großen Publikation jüdischer Selbstzeugnisse einen Bericht des Jacob Jacobson. Als Spezialist für jüdische Familiengeschichte war er von der Gestapo zur Kooperation mit dem Reichssippenamt verpflichtet worden. Das Angebot, sich vom Stern befreien zu lassen, wies er zurück. Als Sternträger identifizierte er sich mit der jüdischen Schicksalsgemeinschaft. Er notierte:

„Als im September 1941 der Judenstern eingeführt wurde, war mir offiziell mitgeteilt worden, dass das Reichssippenamt versucht hatte, für Herrn Dr. Leopold Mosse, den kenntnisreichen Leiter des Wiener jüdischen Archivs – er hat den Krieg nicht überlebt -, und für mich die Befreiung vom Tragen des Judensterns zu erwirken. Ich hatte damals erwidert: ‚Was die anderen Juden zu tragen haben, will ach ich tragen.‘ ... Ich muss gestehen, dass ich auf Ausbrüche der aufgepeitschten Volksseele, auf Spott und Verhöhnung gefasst war, als ich zuerst als Sternträger meine Wohnung in Charlottenburg verließ; aber nichts davon geschah. Die erste, ebenfalls mit Stern gezeichnete Person, der ich begegnete, war eine mir völlig unbekannte Dame. Unwillkürlich zog ich tief den Hut vor ihr – und damit war für mich ein für allemal der Bann gebrochen.“

Die meisten Juden konnten sich jedoch aus diesem „Bann“ nicht mehr befreien. Fassungslos nahmen die meisten Juden die Nachricht über die Einführung des Judensternes auf. Mit Entsetzen und Verzweiflung reagierten sie, als sie den Stofflappen im Empfang nahmen und an die Kleidungsstücke nähten. An der Stigmatisierung spürten sie den Schmerz, den die soziale Degradierung hinterließ. Die Kennzeichnung wirkte lähmend und demoralisierend, sie präparierte die Opfer, sich den letzten Vernichtungsschlägen zu fügen. Die Angst breitete sich aus, jederzeit und überall festgenommen zu werden. Über jeden Schritt und jede Handlung legte sich das beklem-

mende und angstvolle Gefühl, ständig und von allen Seiten angestarrt, observiert und kontrolliert zu werden. Viele Erlebnisberichte bezeugen diese Empfindungen und Erfahrungen:

Hildegard Henschel berichtet aus Berlin:

„Der Judenstern löste unter den Betroffenen eine ungeheure Aufregung aus, man sah sofort, welche Erschwerungen des täglichen Lebens wirtschaftlicher und seelischer Art ... damit verbunden waren, aber niemand ahnte die ganze Tragweite dieser neuen Quälerei, die die erste Vorbereitung der Nazis für die Massenevakuierung der Juden aus Deutschland war.“

Johanna Mackower schrieb nach dem Krieg an ihre Schwester:

„Wir haben die ganze Zeit den Judenstern getragen (dies ist mir als einer der schwersten Erlebnispunkte zu bezeichnen), weil es die Seele zu tiefst verletzt und vor allem Dir Dein Wesen ungeheuer verkorkst und Du immer ein etwas komischer Kauz sein wirst. Denn ganz lässt so etwas sich nicht mehr ausgleichen. – Und auch dieses ist mit das Schlimmste, dass Du es einmal so hast zu tiefst durchleben müssen, was für eine Bestie eigentlich die nackt und ungeschminkt sich darstellende menschliche Natur ist, und dass du die Menschen alle so von tiefster Kellerperspektive her hast sehen und erkennen gelernt. – Und das war natürlich nicht nur die Gestapo, sondern – aus begreiflicher Furcht – haben ja auch so gut wie alle anderen Menschen Dich mehr oder weniger vollständig verlassen.“

In Stuttgart musste sich Martha Haarbarger den Stern anlegen:

„Das Tragen des gelben Sterns, mit dem man uns von 1941 an wie Verbrecher brandmarkte, war eine Qual. Ich musste täglich, wenn ich auf die Straße trat, um Ruhe und Gleichmut kämpfen.“

Anneliese Winterberg erinnerte sich:

„Das Tragen des Judensterns zwang mich, mit gebeugtem Haupt, den Blick nach unten gerichtet zu gehen. Ich wollte die Reaktion der anderen Leute nicht sehen. Der Stern gab mir ein Gefühl der Angst, Aufmerksamkeit zu erreichen, ein Gefühl der Ablehnung – er isolierte mich von ihnen.“

Die Belege ließen sich beliebig fortsetzen, erwähnt seien nur noch die Tagebücher von Victor Klemperer:

17.9.1941: „Seit dem Davidstern, der Freitag den 19-9. aufgehoben soll, ist es ganz schlimm. Umschichtige Haltung aller, mich einbegriffen: Proprio und stolz werde ich ausgehen – ich schließe ich ein und verlasse das Haus nicht mehr. Eva will weitgehend als Schabbesgoj wirken.“

18.9.1941: „Der ‚Judenstern‘ schwarz auf gelbem Stoff, darin mit hebraisierenden Buchstaben ‚Jude‘, gegen 10 Pf. Uns gestern ausgefolgt, von morgen, 19.9. ab zu tragen. ...“

20.9.1941: „Gestern, als Eva den Judenstern annähte, tob-süchtiger Verzweiflungsanfall bei mir. Auch Evas Nerven zu Ende. ... Gestern nur bei völliger Dunkelheit ein paar Schritte mit Eva. Heute um Mittag ging ich wirklich zum Kaufmann Ölnner am Wasaplatz und holte Selters. Es kostete mich furchtbare Überwindung. Inzwischen ist Eva immerfort auf Besorgungswegen und beim Kochen. Unser ganzes Leben ist umgewälzt und alles lastet auf Eva. Wie lange werden es ihre Füße aushalten.?...“

22.9.1941: „Trotzdem ich Sonnabend beim Kaufmann am Wasaplatz war, ... ist der entsetzliche Widerwille nicht geschwunden. Jeder Schritt, die Vorstellung jeden Schrittes ist Verzweiflung. ...“.

Auch die Mitteilung, dass Berliner Passanten mit den Sternträgern sympathisierten, tröstete Klemperer nicht (22.9.). Auch als ihm ein Arbeiter nach Mussolinis Tod 1943 mit dem Satz „Der eine von den Hunden ... ist ja nun weg“ Mut zusprechen wollte, erwiderte er: Aber die Kinder auf der Straße quälen mich mehr als früher.“ (23.8.43).

Das Abreißen des Sterns in der Dresdner Bombennacht vom 13. Februar 1945 ist denn für Klemperer auch ein Akt der Befreiung.

Manche Juden waren dem zunehmenden Druck nicht mehr gewachsen, sie gaben auf. Sie schlossen sich in ihren Wohnungen ein, starben an Hunger oder wählten einen schnelleren Weg in den Freitod.

Andere ließen sich kaum noch in der Öffentlichkeit sehen und wenn, so versuchten sie hinter Aktentaschen, Paketen oder Büchern das gelbe Erkennungszeichen zu verbergen. Gegen diese Praxis – an vielen Orten beobachtet – ging die Gestapo drakonisch vor. In Dresden wurde ein Zwangsarbeiter auf dem Weg zur Arbeitsstelle mit einem verdeckten Stern ertappt:

„Da fuhr ... eine Limousine vorbei, eine schwarze Limousine war der bekannte Gestapowagen, und er wurde hineingezerrt. Er wurde nie wieder gesehen. Die haben ihn nicht einmal in ein KZ gebracht, sondern gleich umgebracht. Für das Verdecken des Sterns. Ein paar Tage später haben sie seine Frau auf die Gestapo bestellt und gefragt: ‚Was, du trägst noch nicht Witwenkleidung?‘ Sie hatte gedacht, ihr Mann wäre nur arrestiert. Das waren die Gestapo-Methoden.“

Die Gestapo bestrafte auch das Vergehen, den Stern nicht vorschriftsmäßig befestigt zu haben. Bruno Blau schildert einen Fall:

„Ein bei der Reichsvereinigung angestelltes junges Mädchen von 19 Jahren wurde einmal bei einem Besuch von Gestapobeamten dabei getroffen, dass sie an ihrem Mantel den Stern nur lose angesteckt hatte. Sie wurde sofort nach der Polizeistation des Krankenhauses gebracht und am gleichen Tage nach dem Sammellager, von wo sie in Konzentrationslager kam, ohne dass sie ihre Mutter noch einmal sehen dürfte; sie ist nicht zurückgekehrt.“

Manche Juden gingen das Wagnis ein, sich in der Öffentlichkeit ohne den Stern sehen zu lassen. Sie benutzten Verkehrsmittel, erschienen in Geschäften oder besuchten Konzerte, Theater und Kinos. Voraussetzung war, dass sie nach Verlassen oder bei der Rückkehr zur Wohnung einen sicheren Ort zum Wechsel der Kleidung fanden.

Inge Deutschkron berichtet:

„Zunächst hieß es, einen Ort zu finden, an dem man das Kleidungsstück mit dem Stern ablegen und das ohne anlegen konnte. Aus dem Haus, in dem bekannt war, durfte man natürlich nicht ohne Stern hinausgehen. Selbstverständlich konnte man auch nicht ohne den Stern am Mantel ins Haus zurückkehren, in dem man wohnte. Höchst unangenehm war es, jüdische Bekannte zu treffen, die grüßten oder auf einen zukamen, weil sie das Fehlen des Sterns nicht sofort bemerkten. Viele Male bin ich so unhöflich gewesen, habe Bekannte übersehen und bin schnell weitergegangen, ohne ihren Gruß zu erwidern.“

Auf diesen Wanderschaften wurden häufig nichtjüdische Freunde oder Verwandte aufgesucht, die in die nationalsozialistische Kategorie der „Mischlinge“ oder „Mischehen“ fielen. Ingeborg Hecht berichtet über den Besuch von Sternträgern und die damit verbundene seelische Belastung und Angst der „Privilegierten“:

„Unsere Verwandten, aber auch viele unserer Freunde, mussten dieses – wie die Nazis es sich vorstellten – Zeichen der Schande tragen, und zwar, lautete die Vorschrift, deutlich sichtbar. Wenn uns ein Sternträger besuchte, bemühte er sich darum, das gelbe Ding auf irgendeine Weise zu verdecken und zu verstecken, denn so ein Besuch gehörte ja zu den Verboten. Hatten wir doch allen Grund, vor den NS-Damen in der Vorderwohnung zu zittern. Wir zitterten aber auch um uns; wir zitterten darum, dass wir selbst in einer brisanten Situation einmal wegsehen würden, schweigen, wei-

tergehen; wir zitterten auch bei uns selbst um das, was man Charakter nannte.“

Juden in „privilegierte Mischehe“ blieben vom Stern – und damit zugleich auch von der Deportation verschont. An diese Ausnahmeregelung klammerten sich etliche Juden, die der Kennzeichnungspflicht unterworfen waren. Sie bemühten sich um eine Freistellung. Anträge wurden eingereicht, häufig mit gefälschten Dokumenten versehen, um die jüdische Herkunft zu verwischen. In der Regel lehnte die Gestapo diese Bittgesuche ab. Sie zeigten sich ebenso wenig bereit, auf die Interventionen kirchlicher Repräsentanten einzugehen und den Christen jüdischer Herkunft das Privileg der Sternbefreiung zu erteilen. Wieder zu Juden deklariert, wurden diese christlichen Sternträger zu den Evakuierungen freigegeben .

Was wissen wir über die

Reaktionen der nichtjüdischen Bevölkerung.

Die Reaktionen der nichtjüdischen Bevölkerung spiegeln sich hauptsächlich in zwei unterschiedlichen Quellensorten: Zum einen gibt es mit den sogenannten Meldungen aus dem Reich die Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS aus dieser Zeit. Zum anderen kann man auf Tagebuchnotizen, Briefe oder spätere Berichte der „Sternträger“ selbst zurückgreifen. Die Aussagekraft beider Quellenarten ist aus unterschiedlichen Gründen begrenzt und lässt abgeleitete Verallgemeinerungen unsicher erscheinen.

Unter dem 9. Oktober 1941 berichten die Meldungen aus dem Reich, die Polizeiverordnung sei „überwiegend begrüßt, in katholischen und bürgerlichen Kreisen aber auch mit Mitleid aufgenommen“ und es sei aber auch „von mittelalterlichen Methoden“ gesprochen worden. Im November wird berichtet, dass die Forderung von Gemeindegliedern, die „Judenchristen“ in der Kirche beim Gottesdienst und Sakramentsempfang abzusondern, von den katholischen Bischöfen wie der Bekennenden Kirche abgelehnt worden sei. Am aus-

fürhlichsten wird im Bericht Nr. 256 vom Februar 1942 auf die Auswirkungen der Verordnung eingegangen. Die Verordnung habe „einem lang gehegten Wunsch weiter Bevölkerungskreise“ entsprochen. Außerordentlich breiten Raum nehmen kritische Bemerkungen über die Ausnahmeregelungen ein. Ein in „privilegierter Mischehe“ lebender Jude sei nicht gekennzeichnet, somit unverdächtig, gleichsam getarnt und überdies nicht durch einen Zwangsvornamen im Ausweis zu erkennen. Es werde „allgemein erwartet, dass sämtliche Sonderbestimmungen zugunsten der Juden und der jüdischen Mischlinge aufgehoben“ würden und dass die jüdischen Wohnungen eine Kennzeichnung erhielten. Es muss offen bleiben, ob diese Stimmungsberichte repräsentativ sind oder die Berichterstat-ter vorgesezte Stellen zu beeinflussen suchten.

In einer Konferenz des Propagandaministeriums warnte ein Sprecher vor einer Mitleidswelle „aus Kreisen der Intelligenzbestien“. Ablehnende Reaktionen der Bevölkerung lassen sich aus manchem Presseartikel ableiten, wenn über „falsches Mitleid und schlecht angewandte ‚Menschlichkeit‘ gegenüber besternten Juden“ gewettert wurde.

Anders als im besetzten Westeuropa blieben in Deutschland nach der Einführung des Judensterns spontane und massive Protestdemonstrationen aus. Was den deutschen Juden noch zuteil wurde, waren individuelle Sympathiebezeugungen. Sie zeigten sich in kleinen Freundlichkeiten und Gesten, die Leo Baeck, der Repräsentant des deutschen Judentums, so interpretierte: „Manchmal war die einzige Art, in der Deutsche ihre Opposition gegen die Nazis ausdrücken konnten, einem Juden zu helfen.“ Manchmal erhoben sich Deutsche in Verkehrsmitteln ostentativ von ihrem Platz, um dem gezeichneten „Volksfeind“ eine Sitzgelegenheit anzubieten. Valerie Wolfenstein erinnerte sich später: „Immer wieder empörten sich Mitfahrende, besonders die Arbeiter in den Frühzügen, dass wir nicht sitzen durften, sie wollten einen immer dazu verführen: ‚Komm, Sternschnuppecken, und setze Dir‘“. Elisa-

beth Freund überlieferte diese Episode:

„Eine Mutter sah, dass ihr kleines Mädchen neben einem Juden saß: ‚Lieschen, setz dich auf die andere Bank, du brauchst nicht neben einem Juden zu sitzen.‘ Da stand ein ‚arischer‘ Arbeiter auf: ‚Und ick brauch nicht neben Lieschen zu sitzen!‘“

Ursula von Kardoff berichtet einen anderen „typischen Dialog“: „ ‚Setz dir hin, olle Sternschnuppe‘, sagte ein Berliner Arbeiter, und als sich ein Parteigenosse darüber beschwerte, fuhr er ihn an: ‚Üba meenen Arsch verfüje ick alleene.‘“ Ein Soldat winkte im Zug den Studenten Ludwig Ehrlich zu sich heran und forderte ihn auf, sich zu ihm zu setzen: „Ich tat es nicht, ... aber ich habe ihm sehr gedankt. Es war sehr mutig von diesem Soldaten“.

Heimlich oder offen wurden den Sternträgern manchmal Lebensmittel oder Rationierungskarten, Zigaretten oder Süßigkeiten zugesteckt. Davon berichten Inge Deutschkron und Leo Baeck.

Andere Überlebende berichten, dass Sternträger von wildfremden Menschen mit besonderer Höflichkeit begrüßt oder angesprochen wurden. Sie hörten Stimmen des Bedauerns, des Mitleids und der Empörung.

Neben den Solidaritäts- und Sympathiebezeugungen standen freilich die Manifestationen des offenen Judenhasses. Die Sternträger mussten die sporadischen Ausbrüche des offenen Judenhasses erdulden. Sie sahen „hasserfüllte Blicke“, hörten „gehässige Zurufe“ und erlebten, wie vorwiegend Jugendliche ihren Spott und ihre Angriffslust an jüdischen Kindern ausließen. Inge Deutschkron berichtet:

„Am schlimmsten erging es jüdischen Kindern. Vom sechsten Lebensjahr an war das Tragen des ‚Judensterns‘ Pflicht. Da Kinder grausam sein können und den ständigen Hetzereien gegen Juden ebenso ausgesetzt waren wie Erwachsene,

schlugen sie oftmals auf jüdische Kinder ein, wo sie sie trafen, es sei denn, ihre Eltern hatten den Mut, das ihnen vermittelte Judenbild zu korrigieren. Ich habe mehr als einmal nichtjüdische Kinder verdroschen, um jüdischen Kindern Gelegenheit zur Flucht zu geben, ein Unterfangen, das auch für mich nicht ungefährlich war.“

Schlimmer und folgenschwerer als die Schimpfworte waren die Denunziationen. Was schon zuvor zum jüdischen Alltag im nationalsozialistischen Deutschland gehört hatte, setzte sich nach der Einführung des Judensternes unvermindert fort. Lokale Parteigrößen im allgemeinen und Nachbarn im besonderen beeilten sich, Ausschau nach „Verstößen“ zu halten. Sie entdeckten Juden, die das Erkennungszeichen verhüllt, unvorschriftsmäßig angenäht oder gar nicht getragen hatten. Und sie schreckten auch nicht davor zurück, Anzeige gegen Personen zu erstatten, von denen sie annahmen, dass sie an sich einen Stern tragen müssten. So berichtete beispielsweise der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken am 7. Oktober 1941:

„Die Kennzeichnung der Juden erfolgte ohne Zwischenfälle, auch das Erscheinen der gekennzeichneten Juden in der Öffentlichkeit führte bis jetzt zu keinerlei Störungen. Dagegen häufen sich anonyme und offenen Anzeigen der deutschblütigen Bevölkerung gegen vermeintliche Juden bzw. solche, die laut Verordnung von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind.“

Beide Reaktionen – Solidarität und Aggression – markieren nur die äußeren Grenzwerte der allgemeinen Verhaltensskala. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung nahm die Rolle schweigenden Zuschauens ein, verhielt sich so, wie sie es schon zuvor getan hatte. Allgemein waren nach der Einführung des Judensternes Verwunderung und Betroffenheit, wer und wie viele plötzlich als „Jude“ erkennbar waren, noch unter ihnen lebten: ein Indiz dafür, wie wenig Deutsche im Herbst 1941 noch direkten Kontakt zu Juden hatten.

In der bereits zitierten SD-Meldung vom 9. Oktober 1941 wird die erste Reaktion der deutschen Bevölkerung so beschrieben:

„ ... Überall ist das erste Auftreten von gekennzeichneten Juden stark beachtet worden. Mit Erstaunen wurde festgestellt, wie viel Juden es eigentlich noch in Deutschland gibt.“

Das Erstaunen legte sich schnell: der gelbe Stern verlor seine Ausstrahlungskraft. Joel König berichtet in seinen Erinnerungen:

„Unsere Arbeitgeber ‚übersahen‘ das neue Abzeichen, oder sie machten darüber, wie Schulze, eine witzelnde Bemerkung, und der Fall war für sie erledigt. Nach ein paar Tagen hatten sich alle Leute, mit denen wir zu tun hatten, daran gewöhnt.“

Das änderte natürlich nichts an der Wirkung des Kennzeichens. Dr. Theodor Tuch erfuhr in Hamburg die Vereinsamung. Am 25. 5. 1942 schrieb er in sein Tagebuch:

„Pfungstmontag. Gestern war Mimi bei uns. Sie ist die einzige, die uns noch besucht. Alle Welt, d.h. alle Leute, meiden die Juden. Mir kommt es vor, als wenn in letzter Zeit manche, die früher nicht so waren, viel zurückhaltender geworden sind. Es wäre ja auch kein Wunder. Denn seit bald 10 Jahren wird in jeder Zeitung, morgens und abends, und in jedem Rundfunk und in vielen Plakaten usw. die Minderwertigkeit und Schädlichkeit der Juden betont, ohne dass eine Stimme zu Gunsten der Juden erhoben werden darf.“

Wenige Wochen zuvor hatte Tuch auf der Straße noch eine Stimme vernommen. Eine unbekannte Frau hielt den „Bestennten“ an und fragte ihn, ob er nicht einen Kleiderschrank zu verkaufen habe: „die Juden müssten ja doch alle ihre Sachen hergeben!“.

Hermann Samter, ein anderer Überlebender, schrieb einer Bekannten, der die Flucht nach Amerika gelungen war:

„Ab 19. September ... müssen Juden einen festangenähten, handtellergroßen gelben Davidstern, mit der Inschrift ‚Jude‘ tragen. Nun kann ich keine Zeitung mehr außer der Zeit von 4 -5 kaufen, oder in ein Restaurant essen gehen oder arische Bekannte besuchen. Na, es gibt aber noch andere unangenehme Folgen, die Sie sich selbst ausmalen können. Aber von mir aus sollen die Leute ihr Vergnügen haben.“

Die meisten Deutschen nahmen dann auch keinen Anstoß daran, als die Sternträger vor ihren Augen abgeholt und verladen wurden. Es ging sie nichts an; es interessierte sie nicht. Mit ihrer Gleichgültigkeit demonstrierten sie die Unfähigkeit, die Existenz jüdischen Lebens zu achten und zu schützen, geschweige denn zu lieben. Diese Grundhaltung überdauerte die nationalsozialistische ‚Endlösung‘. Sie schloss nach 1945 Trauerempfindungen über den „Verlust“, über die Auslöschung jüdischen Lebens, aus.

Erwähnung findet der „gelbe Stern“ in den sogenannten „Wiedergutmachungsverfahren“ der Nachkriegszeit. Dort gibt es die Kategorie „Schaden an Freiheit“. Als Anfangsdatum der „verlorenen Freiheit“ der Juden wird der 19. September 1941 genannt, das Ende ist bei Überlebenden der Tag der Befreiung, in der Regel aber das Todesdatum oder – wenn dieser nicht feststellbar ist – das amtlich festgesetzte Todesdatum. Für jeden Monat des „Schadens an Freiheit“ erhielten die Betroffenen oder deren Nachkommen 150 DM.

(Hubert Schneider)

Zum Tod von Klaus Kunold (12. Dezember 1931 – 26. November 2011)

Wenige Tage vor seinem achtzigsten Geburtstag ist Klaus Kunold in Bochum gestorben.

Er war unserem Verein „Erinnern für die Zukunft e.V.“ in besonderer Weise verbunden: Als langjähriger Vorsitzender der „Vereinigung der Verfolgten des Nazisystems (VVN) – Bund der Antifaschisten“ hatte er sich früh um eine Aufarbeitung der Geschichte der Opfer des Nationalsozialismus gekümmert – 1993 erschien auf seine Initiative die Broschüre „Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid. Die Jahre 1933-1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten“ (Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums Nr. 4). 1994 gehörte er zu den Initiatoren und Gründungsmitgliedern des Vereins „Erinnern für die Zukunft e.V.“ Bochum, dessen erstes Ziel es war, bei der Stadt Bochum eine Einladung an die Überlebenden der alten jüdischen Gemeinde Bochum zu bewirken. Die Initiative hatte überraschend schnell Erfolg: Im September 1995 kamen erstmals 51 Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde mit je einer Begleitperson wieder ihre alte Heimatstadt, aus der sie in den dreißiger Jahren hatten fliehen müssen, um zu überleben. Der Besuch wurde zu einem Höhepunkt des öffentlichen Lebens in Bochum, mit Langzeitwirkung: Er bewirkte u.a. ein Umdenken in der hier praktizierten Erinnerungspolitik.

Klaus Kunold gehörte, zusammen mit seiner Partnerin Jutta Duschka, zu den aktivsten Mitgliedern unseres Vereins. Beide verpassten keine unsere Treffen, beide nahmen bis zuletzt aktiv und passiv an dessen Arbeit teil.

Der überzeugte Antifaschist Klaus Kunold war in Bochum eine herausragende Persönlichkeit. Davon zeugen die zahlreichen Nachrufe, die anlässlich seines Todes in den unterschiedlichsten lokalen und überregionalen Zeitungen erschienen.

Geprägt durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus, wurde Klaus Kunold einer der wenigen Bochumer, die sich der Verantwortung stellten, immer wieder vor den Gefahren der Nazi-Ideologie zu warnen.

Schon als Kind musste er erleben, wie sein Vater, ein überzeugter Kommunist, der Fraktionsvorsitzender der KPD im Rat der Stadt – bis zum KPD-Verbot 1956 – war, von der Gestapo verhaftet und ins KZ Esterwegen gebracht wurde. Auch seine Mutter war Widerstandskämpferin. Der gelernte Gärtner Klaus Kunold wurde mit 19 Jahren Mitglied der FDJ und trat mit 20 Jahren in die KPD ein. Nach dem Verbot der Partei betätigte er sich weiterhin als Kommunist. Er wurde verurteilt wegen „Geheimbündelei und Verbreitung von kommunistischen Schriften“, so hieß es in der Begründung. Zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilte das Gericht den Vater von drei Kindern 1962. Schon zehn Jahre vorher kam er wegen seiner Tätigkeit für die 1951 in Westdeutschland verbotene FDJ in Haft. Insgesamt 30 Monate verbrachte Klaus Kunold in Gefängnissen. Rehabilitiert wurde er nie.

Kunold, der aus seiner Überzeugung nie einen Hehl gemacht hat, war 26 Jahre lang Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschisten, deren Arbeit er entscheidend prägte. Neben seinem Wirken in unserem Verein bleibt unvergessen sein Einsatz für ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Dass auf dem Gelände des ehemaligen Lagers des Bochumer Vereins „Saure Wiese“ Anfang 2012 eine Gedenkstelle errichtet wurde, geht auf seinen Einsatz und seine Recherche zurück. Ein wichtiges Anliegen war ihm besonders, dass Bochum wieder eine Synagoge erhielt. Klaus Kunold war in Bochum eine Persönlichkeit, die man kannte und die in breiten Bevölkerungskreisen hoch geachtet wurde. Für seine Verdienste, die er sich durch sein Eintreten für die Opfer des Nationalsozialismus und gegen rechte Gewalt erworben hat, wurde er am 30. Mai

2008 von Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz mit der Ehrenplakette der Stadt Bochum ausgezeichnet.

Überschattet wurden die letzten Lebensjahre Klaus Kunolds durch den plötzlichen Tod seiner Partnerin Jutta Duschka. Er trauerte unendlich.

Der Verein „Erinnern für die Zukunft“ vermisst Jutta und Klaus sehr: ihr Engagement, ihre Tatkraft, ihre Liebenswürdigkeit. Für viele von uns waren sie Freunde geworden, wir werden sie nicht vergessen.

(Hubert Schneider)



Buchbesprechung

Im Rahmen eines „Stadtgesprächs“ stellte Manfred Keller am 19. Oktober 2011 im Kunstmuseum Bochum das Buch

Gerd Liedtke (Hg.), Die neue Bochumer Synagoge.

Bilder und Texte, 160 Seiten, 270 Abbildungen, Berlin 2011 – ISBN: 978-3-942271-28-8

vor. Wir drucken hier den Text der Ansprache ab.

Meine Damen und Herren, ohne Zögern habe ich vor vierzehn Tagen dem Herausgeber Gerd Liedtke auf seine Bitte hin zugesagt, ein Referat zur Einführung in das Synagogenbuch zu übernehmen. Als ich das Buch dann in der vergangenen Woche druckfrisch in Händen hielt und mir die Fülle von Beiträgen vor Augen führte, wurde mir klar, wie leichtsinnig diese Zusage war. Fünfunddreißig nach Art und Umfang sehr unterschiedliche Texte und mehr als 250 Bilder – wie soll man davon in wenigen Minuten eine Vorstellung vermitteln?

Kommt hinzu, dass schon der Gegenstand selbst, der Bau einer Synagoge in Deutschland nach der Shoah, ein sehr komplexes Thema ist. Zu berücksichtigen sind historische und soziologische Aspekte, religiöse Vorgaben und praktische Anforderungen. Die historische Erfahrung von Verfolgung und Vertreibung kann nicht weggewischt werden, noch weniger die kollektive Erinnerung an die Vernichtung. Aber zugleich besteht die Aufgabe, der heutigen jüdischen Gemeinde eine äußere und innere Heimat zu geben.

Eine Synagoge erfüllt drei Aufgaben: Sie ist das Haus der Versammlung (Beth-Ha-Knesseth), sie ist ein Ort des Lernens (Beth-Ha-Midrash) und sie ist eine Stätte des Gebets (Beth-Ha-Tefila). Sie ist kein Heiligtum im eigentlichen Sinne, aber doch auch nicht gänzlich profan. Seit jeher mischen sich

im Bau einer Synagoge und der Gestaltung ihrer Räume sakrale und profane Funktionen und Stimmungen.

Das alles, meine Damen und Herren, hat in der neuen Bochumer Synagoge bauliche Gestalt gewonnen, und das alles spiegelt sich auch in dem vorliegenden Buch, in seinen Bildern und Texten. Am liebsten würde ich jetzt die genannten Punkte durch Referieren der einzelnen Beiträge konkretisieren und durch gemeinsame Lektüre ausgewählter Abschnitte mit Ihnen vertiefen. Doch dazu fehlt uns die Zeit. So werden wir uns darauf beschränken, die Architektur des Buches zu erkennen und einen Überblick über die Beiträge zu gewinnen. Vertiefung und kritische Auseinandersetzung sind der anschließenden Diskussion vorbehalten – und Ihrer persönlichen Lektüre des Buches, zu der dieser Abend Sie anregen möchte.

Im Klappentext des Buches, der übrigens – in leicht veränderter Form – durchaus zum Vorwort getaugt hätte, wird gleich zu Beginn auf den 16. Dezember 2007 Bezug genommen. An diesem Tag feierte die Jüdische Gemeinde Bochum-Hernehattungen die Eröffnung ihrer neuen Synagoge. Das Buch soll dieses herausragende Ereignis dokumentieren und als einen „für die Weiterentwicklung des jüdischen Lebens in unserer Region wichtigen Meilenstein“ würdigen. Die Einweihung ist gleichsam der Konstruktionspunkt des Buches, und folgerichtig bildet die Dokumentation der Eröffnungsveranstaltungen in Bild und Text die Mitte der Publikation. Das wird sinnfällig, wenn wir uns das Inhaltsverzeichnis anschauen. Die Grafikerin Renate Lintfert stellt den Inhalt übersichtlich auf drei Seiten dar. Die mittlere Seite ist komplett den Eröffnungsfeierlichkeiten vorbehalten, dem Aus- und Einzug der Thorarollen, den Grußworten und Reden der Eröffnung – hier: „Weltlicher Teil der Einweihung“ genannt – und dem Eröffnungsgottesdienst – hier als „Religiöser Teil der Einweihung“ bezeichnet. Es würde den zeitlichen Rahmen sprengen, die vielen klugen Reden hier inhaltlich wiederzugeben. Mir haben beim Lesen beson-

ders zwei Texte gefallen: die fröhliche Ansprache von Grigory Rabinovich und die ebenso nachdenklich stimmende, wie ermutigende Predigt von Rabbiner Brandt. Der Abschnitt schließt mit einer sehr lebendigen Fotostrecke von den Begegnungen nach der feierlichen Einweihung.

Blicken wir von diesem Mittelteil des Buches, angezeigt auf Seite 2 des Inhaltverzeichnis zurück auf Seite 1 und nach vorn auf Seite 3, so ergeben sich die Schwerpunkte und die leitenden Fragen des ersten und des dritten Teils ganz von selbst. Der erste Teil des Buches widmet sich der Vergangenheit, der dritte Teil der Gegenwart und Zukunft.

Schauen wir uns dazu diese beiden Seiten und die entsprechenden Passagen des Buches im Detail an. Zunächst die erste Seite (in der Paginierung des Buches S. 7). Hier geht es um einen Vorblick, um die Vorgeschichte und die Entstehungsgeschichte der neuen Synagoge. Der Vorblick – hier unter dem Titel „Ein Ort zum Leben“ – beginnt mit einem sehr anrührenden Dankeswort von Michael Rosenkranz, gefolgt von einem gedanklichen Spaziergang durch die Synagoge und über den Erich-Mendel-Platz, der in die Vorstellung des architektonischen Konzeptes durch Professor Schmitz mündet.

Meine Damen und Herren, der Neubau einer Synagoge in Deutschland nach der Shoah – das bedeutet immer: Zukunft aus der Vergangenheit. Deshalb galt es, die Geschichte der Vorgängersynagogen in Bochum, Wattenscheid, Herne und Hattingen in Erinnerung zu rufen. Dahinter steht die Frage: Auf welchen Traditionen baut die neue Synagoge für die Mitglieder der heutigen Gemeinde auf? Sie wird beantwortet durch einen „Historischen Exkurs“, der auch die Anfänge jüdischen Lebens nach 1945 beleuchtet. Diesen Text von Hubert Schneider empfehle ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit. Kurze Begründung: Die Shoah vernichtete das deutsche Judentum. Die Geschichte der ersten jüdischen Gemeinden in Deutschland, die 1933 knapp 600.000 Mitglieder hatten, en-

dete 1941. Etwa 400.000 emigrierten, 170.000 wurden umgebracht. Nur 15.000 haben überlebt, als Häftlinge eines Konzentrationslagers, im Versteck oder geschützt durch eine „Mischehe“ – scheußliches Wort – mit einem christlichen Partner. Diese 15.000 – allesamt körperlich und seelisch schwer gezeichnet – haben gemeinsam mit sog. „displaced persons“ (= osteuropäischen Juden) die jüdischen Nachkriegsgemeinden gegründet, die tatsächlich so etwas wie eine „zweite jüdische Gemeinde“ in Deutschland ist. Sie basiert auf der „Heimkehr der Unerwünschten“, wie ein neuer Buchtitel sagt, und hat unter schwierigsten Bedingungen ein neues Gemeindeleben aufgebaut.

Ein weiterer Neubeginn, nämlich der Anfang der „dritten jüdischen Gemeinde“, wurde ausgelöst durch den Zusammenbruch der Sowjetunion. In den vergangenen zwei Jahrzehnten – genauer: zwischen 1990 und 2005 – sind gut 200.000 Juden aus den GUS-Staaten nach Deutschland eingewandert, von denen etwa die Hälfte einer jüdischen Gemeinde beigetreten ist. Durch deren Zuzug ergab sich vielerorts – und besonders in unserer Region – die Notwendigkeit, vorhandene Baulichkeiten zu erweitern (so geschehen in Recklinghausen) oder besser noch, gleich Neues zu errichten. Und dabei sind in den letzten zwanzig Jahren eine ganze Reihe interessanter, teilweise sogar spektakulärer Neubauten entstanden. Auch „unsere“ Bochumer Synagoge ist ein Glanzstück moderner Architektur. Den Weg dorthin – politisch und technisch – beschreiben die Kapitel „Der Weg zur Bochumer Erklärung vom 12. Juni 2003“, die Geschichte des Fördervereins und die eigentliche Baugeschichte. Besonders spannend und gut zu lesen ist der Beitrag von Eckart Kröck über den Architekturwettbewerb.

Wenden wir uns nach diesem Blick in die Vergangenheit nun der Gegenwart und der Zukunft zu – und damit dem dritten Blatt des Inhaltsverzeichnisses. Die „Presseberichte“ spiegeln noch einmal das soeben Referierte. Dabei werfen sie immer

auch einen Blick auf das aktuelle jüdische Gemeindeleben und damit auf den Schwerpunkt der letzten vierzig Seiten des Buches. Die Leitfragen lauten: Für wen und für welches künftige Gemeindeleben ist die neue Synagoge gebaut worden? Welche Chancen bietet der Neubau und welche Auswirkungen sind zu verzeichnen, innergemeindlich und für den Stellenwert der jüdischen Gemeinde in der Gesellschaft? Erfreulicherweise stammen die Beiträge dieses Teils mehrheitlich von Mitgliedern der hiesigen jüdischen Gemeinde, von Felix Lipski, Michael Rosenkranz, Julia Feygin, Olga Isaak und Aleksander Chraga. Diese Texte zeigen exemplarisch den biographischen Hintergrund der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und die Herausforderungen, die in der neuen Heimat auf sie zukommen: sprachlich und kulturell, beruflich und sozial, - und nicht zuletzt religiös. Besonders informativ sind in diesem Zusammenhang die Beiträge von zwei „Gastarbeitern“, die den Unterricht betreffen. Rosa Rappoport, jüdische Religionslehrerin aus Dortmund, beschreibt die Ziele des jüdischen Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche, und Horst Friedrichsmeier, erfahrener Lehrer und Lehrerausbilder, schildert den Deutschunterricht für Erwachsene, – mit spürbarer Liebe und deutlichem Respekt gegenüber seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Alle diese sehr vielfältigen und vielschichtigen Texte – ergänzt durch anschauliche Fotos – bilden den inneren Lebensraum der Gemeinde ab. Ergänzt und abgerundet wird dieser Abschnitt des Buches durch einen Beitrag des WAZ-Redakteurs Michael Weeke über „Die jüdische Gemeinde in der öffentlichen Wahrnehmung“. Weeke berichtet seit Jahren kontinuierlich über die jüdische Gemeinde im Lokalteil seiner Zeitung. Er kennt die Hintergründe bestimmter Vorgänge und die Probleme der Gemeinde. Aber vor allem schätzt er die Stärken und die Potentiale einzelner Mitglieder und Gruppen, die es zu fördern gilt, im Innern der Gemeinde und

in der Öffentlichkeit. Weeke wörtlich: „Die Gemeinde hat es verdient, wahrgenommen zu werden. Wahrgenommen in ihrem Versuch, sich Struktur zu geben. Der Jugendclub, die Seniorenbegegnungsstätte, die verschiedenen Initiativen, die zum Alltag einer funktionierenden Gemeinde gehören.“

Das neue Haus bietet also die Chance zu einem Wachstum im Innern. Zugleich aber zieht es die Blicke von außen an. Und nicht nur die Blicke, sondern ganze Scharen von Besuchern. Weeke spricht von einem regelrechten „Synagogentourismus“, den es zu nutzen gelte für die Öffnung der Gemeinde und für die „Schaffung einer großen aufgeklärten und vor allem vorurteilsfreien Gesellschaft“. Deshalb wünscht der Journalist der jüdischen Gemeinde im neuen Haus den Mut zur Öffnung und den Willen zum Engagement, „dass sie sich als selbstbewusste Gemeinschaft aus eigener Kraft und mit der Würde dieser uralten Religion einen festen Platz im Leben dieser Stadt erarbeitet.“

Diesem Wunsch schließe ich mich gerne an, auch als Mitautor des Buches, das hoffentlich seinen Beitrag leistet zu eben diesem Ziel.

(Manfred Keller)

Buchbesprechung.

Heinz-Jürgen Priamus: Meyer. Zwischen Kaisertröue und NS-Täterschaft. Biographische Konturen eines deutschen Bürgers, Essen 2011 (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Beiträge Bd.14).¹

Wer war Dr. Alfred Meyer (1891-1945)? Ein Unbekannter in der breiten Öffentlichkeit, aber auch in der Fachwelt. Spezialisten ist er bekannt als Teilnehmer der Wannseekonferenz vom Januar 1942, deren Thema die Organisation des Völkermords an den Juden war. Dabei zählte Meyer zu den Multifunktionären der NSDAP aus der zweiten bzw. dritten Reihe der Parteigrößen, die das Funktionieren des nationalsozialistischen Systems garantierten:

1891 in ein wohlhabendes Elternhaus in Göttingen geboren und in Soest aufgewachsen, schlug er die Offizierslaufbahn ein. 1920 aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen, wurde Meyer mit 30 Jahren Werksstudent, studierte Rechts- und Staatswissenschaften sowie Nationalökonomie in Würzburg. 1922 promovierte er zum Doktor der Staatswissenschaften. Von 1923 bis 1930 war er Zechenbeamter auf Graf Bismarck in Gelsenkirchen. Am 1. April 1928 trat er der NSDAP bei und wurde Ortsgruppenleiter in Gelsenkirchen. Im November 1929 wurde er als einziges NSDAP-Mitglied in den Stadtrat gewählt. Die weiteren Karrierestationen: Gauleiter in Westfalen-Nord, Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe, Oberpräsident der Provinz Westfalen und während des Krieges auch noch stellvertretender Minister für die besetzten Ostgebiete. Im Dezember 1942 wurde er Reichsverteidigungskommissar für den Bereich des Gaus Westfalen Nord. Am 11. April 1945 kam Meyer unter nie ganz aufgeklärten Umständen am Fuße des Hohensteins bei dem zu Hessisch Oldendorf gehörenden Ortsteil Zersen im Süntel ums Leben – wahrscheinlich durch Selbsttötung.

Diesem Mann widmet Jürgen Priamus, Gründungsdirektor und langjähriger Leiter des Instituts für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen, sein umfassendes Werk, über 500 Seiten stark, klein ge-

¹Diese Buchbesprechung ist auch erschienen in: forum Geschichtskultur Ruhr, Ausgabe 01/2012, S. 74f.

druckt. Ein eindrucksvolles Buch, Ergebnis jahrelanger Forschung, wie er selbst in der Einleitung schreibt.

Zentrales Anliegen des Autors ist es, am Beispiel des „Durchschnittsmenschen“ Alfred Meyer, der, einem gut situierten Elternhaus entstammend, kontinuierlich in die nationalsozialistische Führungsebene aufstieg, ohne die Spitze wirklich zu erreichen und dabei zudem weitgehend „unbekannt“ zu bleiben, der Frage nachzugehen: Wie entwickelte sich ein solcher Mensch zu einem die allgemeinen ethischen Normen der zivilisierten westlichen Welt negierenden nationalsozialistischen Täter?

Im Hinblick auf die Person Alfred Meyer stehen dabei für den Autoren zwei Entscheidungsaspekte bzw. –momente im Vordergrund: der Schritt in den Rechtsextremismus und die Beteiligung an den von Nationalsozialisten begangenen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ – die Beteiligung am Völkermord an den Juden ebenso wie die Verschleppung und den Einsatz von Sklavenarbeitern.

Für Meyers Beitritt in die NSDAP am 1. April 1928 findet Priamus keine schlüssige Antwort. Trat er ein, weil die Kollegen bei der Gelsenkirchener Zeche „Graf Bismarck“ dies auch taten? Wahrscheinlicher: Für den durch Krieg und Systemwechsel Verarmten und der Zukunftsperspektive als Offizier Enttäuschten gab es kein Zurück mehr in irgendeine Elite eines bürgerlich-nationalen Staates, denn ein solcher existierte nicht mehr und würde auch in seiner alten Form nicht wieder hergestellt werden können. So blieb nur die Schaffung eines an die Stelle der verhassten Weimarer Republik, die aus der Sicht Meyers auch für seine ganz persönliche Misere verantwortlich war, tretenden neuen Staates mit einer neu geordneten Gesellschaft, in deren Eliten auch Alfred Meyer seinen Platz finden konnte. Und daran mitzuwirken, schien ihm eine lohnende Aufgabe.

Meyers Schritt in die Täterschaft, womit er Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen übernahm, ist für Priamus faktisch karriereimmanent. D.h. Meyer begab sich im Zuge seines sukzessiven Aufstiegs in NS-Partei und –Staat freiwillig und selbstverständlich mehr und mehr in die Rolle des Täters.

Dabei war Meyer, das zeigt Priamus, in jeder Hinsicht ein über-

zeugter Nationalsozialist, kein bloßer „Techniker der Macht“ und schon gar kein ideologiefreier Karrierist. Deutlich macht der Autor dies in der sehr eindrücklichen Darstellung des Antisemitismus' Meyers, den er im Sinne von Daniel Goldhagens als „eliminatorischen Antisemitismus“ bezeichnet, aus dem der Judenmord als Selbstzweck abgeleitet wird. Die im Wannsee-Protokoll wiedergegebenen wörtlichen Äußerungen Meyers dienen hierbei als Beleg.

Priamus Werk ist sehr breit angelegt: Die Quellenlage ist schwierig, vor allem, wenn es um das persönliche Leben Meyers geht. Sie ist fast unübersichtlich, wenn es um die Darstellung von Meyers Rolle in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern geht. Der Autor meistert dieses Problem zumeist sehr souverän. Es gibt besonders eindrucksvolle Kapitel: Der Aufstieg Meyers und seine Tätigkeit im Gau Westfalen-Nord, seine Auseinandersetzung mit Kardinal von Galen. Die breite Darstellung des Kontextes der Arbeitsbereiche Meyers mag den Fachleuten manchmal zu ausführlich zu sein. Aber sie hat ihre Berechtigung: Die bevorzugte Zielgruppe von Priamus ist auch und vor allem der interessierte Laie. Und der wird dankbar sein für diese breit angelegten Ausführungen, die überdies sehr gut zu lesen sind.

Der Autor versteht sein Buch als ersten Schritt zur Darstellung des Typus des NS-Funktionärs in der zweiten und dritten Reihe. Weitere Einzeluntersuchungen müssten folgen, um die so gewonnenen Ergebnisse dann in einem nächsten Schritt vergleichend in Beziehung zu setzen.

In diesem Sinne eröffnet Jürgen Priamus Perspektiven für weitere Forschungsarbeiten, die großen Erkenntnisfortschritt versprechen, wenn es um die Frage geht, wie das NS-System funktionierte.

(Hubert Schneider)

Schana Tova

Zu Rosch Haschana 5773

wünschen wir

allen Freunden und

Förderern

im In- und Ausland

Gesundheit

sowie

ein glückliches

und

friedvolles neues Jahr.